Christ und Sozialist

Jürgen Finnern
Mut zum Frieden

Günter Ewald
Apokalyptik und Rüstungswettlauf

Peter Weinbrenner
Aufrüsten heißt Abwirtschaften

Hans-Eckehard Bahr
Symbolische Zeichenhandlung

Ulrich Schmid
Arbeitslos

Blätter des
Bundes der Religiösen Sozialisten
Deutschlands e.V.

1. Vierteljahr 1986

1/86

Inhalt

Jürgen Finnern
Biblische Besinnung 1

Günter Ewald
Apokalyptik und Rüstungswettlauf 3

Peter Weinbrenner
Aufrüsten heißt Abwirtschaften 14

Hans-Eckehard Bahr
Symbolische Zeichenhandlung oder verwerfliche Straftat? 24

Dokumentation: Zwei Urteile zu Sitzblockaden 31

Hinrich Olsen
Aus Verantwortung für Gottes Schöpfung 33

Arnold Pfeiffer
Barth und Tillich – Zwei Jubilare 42

Ulrich Schmid
Arbeitslos 45

Bundesnachrichten 37

Buchbesprechungen 38

L. u. W. Schottroff: Die Parteilichkeit Gottes (H. Röhr).
J. Wallis: Wiederbelebung – meine Pilgerreise (W. Steppuhn).
K. Marti: geduld und revolte (H. Röhr).

Autoren dieses Heftes . . . . . letzte Umschlagseite

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschland e.V.: Klaus Kreppel, Jürgen Finnern, Dorothee Schäfer.

Redaktion: Erika Adolphy, Leopoldshöhe – Udo Fleige, Tübingen – Reinhard Gaede, Herford – Siegfried Katterle, Bielefeld – Klaus Kreppel, Bielefeld (verantwortlich) – Annette Muhr-Nelson, Dortmund – Bruno Schmidt, Essen – Gunter Schwarze, West-Berlin.

Redaktionsadresse: Klaus Kreppel, Beuthener Str. 4, 4800 Bielefeld 17, Telefon 0521/33 54 54.
Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/10 09 37.
Bezugspreis jährlich DM 15,– zuzüglich Versandkosten.
Zahlungen an Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464.
Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

Jürgen Finnern

BIBLISCHE BESINNUNG ZU Mt.5, 38 - 42

Lamech besang mit dem Schwertlied die Gerechtigkeit der Blutrache. In Israel aber sollte geschehenes Unrecht nicht durch Rache vergrößert werden, deshalb gilt seit alters der Grundsatz, Gleiches darf nur mit Gleichem vergolten werden: Auge um Auge ...

Das Recht hat in der prophetischen Tradition die Aufgabe, den Schwachen gegen den Starken zu schützen - auch für uns heute eine grundsätzlich unverzichtbare Position. Das Recht kann Menschen schützen - aber die Liebe kann sie miteinander verbinden. Jesus möchte es nicht dabei belassen, den Status quo zu stabilisieren, er möchte zerstörte Beziehungen zwischen den Menschen heilen: Wer die Menschen liebt, sollte für sich selber auf dieses Recht verzichten können - um damit die Chance zur positiven Veränderung einer Situation zu gewinnen. Selbst die Eroberer und Unterdrücker, die Angehörigen der römischen Besatzungsmacht, hat er nicht aus dieser Liebe ausgeschlossen.

Eine andere Deutung

Ihr wißt, daß in Israel Unrecht nicht durch Rache zu noch größerem Unrecht anwachsen soll, deswegen gilt seit alters nicht die Gerechtigkeit, die Lamech (1 Mos 4, 23 - 24) in seinem Schwertlied besingt: Für die Wunde, die mir zugefügt wurde, erschlug ich den Mann; als Antwort auf den Peitschenhieb tötete ich den Jüngling. Dagegen gilt in Israel seit alters *Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ich aber sage euch, daß ihr dem Bösen nicht widerstehen sollt* - passiv, wie ein Fels in der Brandung, der die Wogen bricht, aber doch nicht verändert. Ich sage euch: Seid phantasievoll im Umgang mit der Aggression, so daß ihr nicht zurückschlagt - oder gar still erduldet - *wenn euch jemand* voller Verachtung *auf die rechte Wange schlägt*. Fordert ihn zum Umdenken heraus: *Bietet ihm auch die linke Wange!*

Und laßt euch nicht durch die Eigendynamik von Rechtsstreitigkeiten einbinden, so daß ihr fasziniert seid durch Besitzansprüche und den Menschen nicht mehr wahrnehmen könnt. Ich sage euch: *Wenn jemand gegen dich den Richter anruft und dir den Rock nehmen will, dem laßt auch den Mantel.*

Und laßt euch eure Phantasie nicht knechten durch den

Haß gegen eure Unterdrücker, sondern wenn euch die römischen Besatzer wie üblich *zwingen*, ihr Marschgepäck *eine Weile zu tragen*, so entkräftet das Freund-Feind-Schema und *geht zwei Meilen mit ihnen*. So gewinnt ihr die Chance, daß der Feind zum Freund wird.

Und klammert euch nicht an eure Besitztümer, so daß die Angst, sie zu verlieren, euch gefangen hält, sondern bewahrt euch die Freiheit, anderen Menschen offen zu begegnen. Denn ich sage euch: *Gib dem, der dich bittet und wende dich nicht ab von dem, der von dir borgen will*.

Wir sind gewohnt, diesen Worten Jesu Widerstand entgegenzusetzen: Soll denn das Böse die Herrschaft über diese Welt gewinnen und wir mitschuldig werden, weil wir keinen Widerstand geleistet haben? Ist es nicht völlig weltfremd, derart auf das Gute im Menschen zu bauen? Die Worte Jesu machen deutlich, daß dort, wo wir nur noch zurückschlagen können - oder Schläge androhen - daß dort nicht wir in der Nachfolge Jesu eine Situation gestalten, sondern daß wir von dieser Situation beherrscht und gestaltet werden. Solche Erfahrungen kennen wir alle. Sie machen mutlos. Aus ihnen wachsen Bedenken und der Zweifel. Persönliche Ohnmacht verbindet sich dann sehr schnell mit übermächtigen gesellschaftlichen Zwängen und verleiten zur Rechtfertigung der aufkommenden Resignation - zur Uminterpretation der Worte Jesu.

Sicher gibt es keine Erfolgsgarantie dafür, daß aggressive Menschen sogleich zur Einsicht kommen, sobald wir nur die andere Wange hinhalten. Aber wenn wir überhaupt eine Chance haben, den Kreislauf oder gar die Spirale von Gewalt und Gegengewalt zu durchbrechen, dann ist es diese. So können Menschen wieder zueinander finden, so können wir die Voraussetzung schaffen, nicht die Drohung der Vernichtung dieser Welt anwachsen zu lassen sondern den Mut zum Frieden .

Günter Ewald

APOKALYPTIK UND RÜSTUNGSWETTLAUF*

1. Mit "Apokalyptik" verbinden wir meistens die Vorstellung von "Weltuntergangsstimmung", "düsteren Prognosen", Zukunftsvisionen, die Unheil verkünden. Dürers apokalyptische Reiter, gemalt 1498, haben sich uns tief eingeprägt: Sie stellen dar, wie Krieg, Hunger, Pest und Tod über die Welt hereinbrechen, so wie im 6. Kapitel des neutestamentlichen Buches der Geheimen Offenbarung geschildert.

Als Bestandteil praktizierten Evangeliums gibt es Apokalyptik in den großen Kirchen Europas nicht, weder in den protestantischen noch in der katholischen. Man überläßt diese "Grauzone" den Sekten, insbesondere dann, wenn diese das atomare Gespenst begierig in ihre Zukunftsbilder einbauen.

Apokalyptische christliche Zukunftsvorstellungen haben nicht nur von Ferne etwas mit Atomkrieg und Rüstungswettlauf zu tun; sie sind selbst Bestandteil des gegenwärtigen Wettrüstens geworden. Daß der jetzige Präsident der USA, Ronald Reagan, mit unerbittlicher Konsequenz die bisherige Verteidigungsdoktrin der gegenseitigen Abschreckung (Motto: wer zuerst schießt, stirbt als zweiter) durch eine Offensivstrategie ersetzt, kommt zwar einerseits lange gehegten Wünschen von Militärs im Pentagon entgegen, ist aber andererseits von einer Gruppe sogenannter Evangelikaler oder Fundamentalisten beeinflußt, mit denen Reagan sympathisiert und die entscheidend zu seinem Wahlsieg beigetragen haben.

Ich sehe mich in doppelter Weise mit der Rüstungsentwicklung befaßt und von ihr betroffen: Zum einen als Naturwissenschaftler und Mathematiker, der zur gegenwärtigen Eskalation des Wahnsinns in Ost und West nicht schweigen darf. Zum andern als engagierter Christ, der selbst aus Kreisen des Pietismus stammt, mit apokalyptischen Gedanken aufgewachsen ist und nicht mit ansehen möchte, für welche makabren Ausartungen diese Vorstellungen heute mißbraucht werden.

---

*) Gekürzter Vortrag, gehalten auf Veranstaltungen des Katholischen Bildungswerkes auf Borkum, Juist, Spiekerog und in Norddeich (Juli 1985).

2. Lassen Sie mich zuerst die genannte Situation in den USA ein wenig genauer skizzieren. Sie kennen sicher die Redewendung von Ronald Reagan, die Sowjetunion sei das Reich des Bösen und die von Gott gesegnete amerikanische Nation sei berufen, gegen diese Verkörperung des Bösen anzutreten. Reagan äußert hier nicht irgendeine merkwürdige, vielleicht naiv dargestellte Meinung und verkleidet auch nicht seine konservativ-militante politische Haltung in eine religiöse Formel. Hinter seiner Äußerung stehen sein enger Freund Jerry Falwell und viele andere.

Falwell, ein evangelikaler Prediger, ist Gründer und Kopf der sogenannten Moral Majority, einer Bewegung, die Millionen von Anhängern hat. Er ist Repräsentant einer in den USA weit verbreiteten Endzeit-Theologie und gebraucht diese sowie die Moral Majority als Instrument der moralischen und religiösen Unterstützung der Reagan-Administration, vornehmlich durch Fernsehansprachen.

Will man das große Echo auf Falwells Predigten verstehen, so muß man sich vor Augen halten, wie tief Apokalyptik in der Geschichte der amerikanischen Einwanderer verankert ist.

Waren vor dem Civil-War, dem Bürgerkrieg in den USA, evangelistische Verkündung, soziale Reformen und Ablehnung von Krieg noch eng verknüpft, so stellte sich danach mehr und mehr eine pessimistische Grundhaltung ein und wurde Nährboden für rasch sich ausbreitende apokalyptische Vorstellungen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch die vielfältigen Gruppen, die um ihrer ungehinderten Glaubenspraktizierung willen ausgewandert waren. So kam es in der Mitte des 19. Jahrhunderts zu jenen merkwürdigen Versammlungen, wo große Scharen von Menschen in weißen Kleidern auf einem Berg saßen und die auf Tag und Stunde vorausberechnete Wiederkunft Christi erwarteten.

CALIFORNISCHE ENDZEITVISIONEN

Welche seltsamen Blüten apokalyptische Spekulationen treiben, sieht man etwa an dem Spiel mit der Zahl 666, jener Zahl des widergöttlichen Tieres in Offb. 13,18, das man auch Antichrist nennt. Mit phantasievollen Berechnungen fand man nacheinander heraus, daß Mussolini, Hitler, Anwar Al Sadat ("the real Mr. 666") diese Nummer tragen; auch beim Papst hat man sie schon lokalisiert. Und ein findiger Journalist hat - in Konterkarikatur zu solchen Berechnungen - herausgefunden, daß auch Präsident Reagan diese Zahl zugeordnet werden kann: Dieser trägt den genauen Namen: Ronald Wilson Reagan, und jeder dieser 3 Namen hat 6 Buchstaben; ergibt 666.

Eine besondere Rolle in der apokalyptischen Tradition der USA spielt Kalifornien. Es gab seit Mitte des 19. Jahrhunderts eine Auswanderung in der Auswanderung. Abenteurer, Unzufriedene und extreme religiöse Gruppen zog es über die Berge. Der Gold-rush to California betraf nicht nur das Edelmetall, er zog auch einen religiösen Gold-rush mit sich. Die Mormonen blieben zwar im Staate Utah stecken; aber andere schafften es bis Los Angeles: Und dort kommt Ronald Reagan her, ebenso viele seiner Berater.

Los Angeles hat nicht nur Holywood hervorgebracht. Es gibt kaum eine neuere religiöse Bewegung, die nicht in diesem "melting pot" (Schmelztigel) ihren Ursprung besitzt.

Wäre bei Reagan und seinen Freunden der religiöse Einfluß in der Politik nur ein ethischer, so könnte man über "spinnerte" Anschauungen, die privat damit verbunden sind, hinwegsehen. Aber so ist es nicht.

Einer der bekannten Fernsehprediger, die im Sinne Falwells sonntäglich oder täglich dem US-Volk Endzeit-Visionen einhämmern, Hal Lindsey, hat es besonders klar ausgedrückt: Er sagt, die nukleare Konfrontation mit den Sowjets ist unvermeidbar. Er drängt die Vereinigten Staaten, die Kernwaffenrüstung massiv voranzutreiben, um sicherzustellen, daß die USA als Sieger aus dieser Konfrontation hervorgehen. - Welchen Einfluß Lindsey hat, mag man daraus ersehen, daß sein in den siebziger Jahren erschienenes Buch "The Late Great Planet Earth" eine Auflage von 15 Millionen erreicht hat.

Jerry Falwell geht offen gegen Vertreter der "Freeze"-Bewegung vor, die - wie etwa Edward Kennedy - sich für ein sofortiges Einfrieren der nuklearen Rüstung einsetzen. Er nennt sie abwertend "freeze-niks" und betreibt schon seit 1982 eine nationale Kampagne gegen sie.

In einer Fernsehsendung sagte ein anderer Fundamentalist Ed McAteer:"Die Entwicklung von Kernwaffen war ein Teil von Gottes Plan. Nuklearer Krieg mag die Erfüllung von Prophetie sein. Wir sollten vorbereitet sein ..."

Ein bekannter Journalist, William Martin, schreibt zu derartigen Äußerungen in der Zeitschrift "Atlantic Monthly": "... Wenn die nukleare Zerstörung der Sowjetunion vorherbestimmt ist, wie einige Darlegungen über die Zeit vor dem Tausendjährigen Reich aussagen; kann es nicht sein, daß dann ein fundamentalistischer Politiker oder General seine Finger am Druckknopf als Instrument Gottes ewigen Ratschlusses betrachtet?"

ARMAGEDDON - "A SELF-FUL FILLING PROPHECY"?

In den apokalyptischen Zukunftsvisionen spielt immer wieder die Schlacht bei Armageddon eine große Rolle. Armageddon ist gemäß Offb. 16 ein Ort, an dem die Dämonengeister die "Könige des ganzen Erdkreises" versammeln, um zum großen Krieg gegen das Volk Gottes anzutreten. Man glaubt auch, den geographischen Ort im jetzigen Staat Israel genau lokalisiert zu haben. Seit Jahrzehnten ist in Auslegungen klar, daß es die Sowjets sind, die dort gegen Gott antreten und besiegt werden.

Hal Lindsey, der obengenannte Bestseller-Autor, hat einem neueren Buch auch entsprechend den Titel gegeben: "The 1980's: Countdown to Armageddon". Das heißt also: Die Uhr läuft in unserem Jahrzehnt. Der unvermeidbare Atomkrieg ist die gottgewollte Schlacht bei Armageddon gegen die Sowjetunion.

Auf diesem Hintergrund sind Äußerungen von Präsident Reagan über den Kampf zwischen guten und bösen Mächten in der Schlacht bei Armageddon nicht irgendwelche Ausrutscher seines Privatglaubens. Sie haben politischen Stellenwert und sind für das Schicksal der Menschheit bedrohlich. Reagan sprach direkt davon, er habe manchmal den Eindruck, die Schlacht bei Armageddon finde noch in diesem Jahrzehnt statt. Er schließt sich also den Äußerungen von Hal Lindsey an.

Nicht, daß Reagan selbst ein fanatischer Sektenführer wäre. Dafür sind schon seine Bibelkenntnisse zu gering: Er verlegt beispielsweise Armageddon ins Alte Testament, wo es nirgends vorkommt. Aber man kann davon ausgehen, daß es nicht nur Opportunismus ist, mit dem Reagan seinen konservativ-christlichen Wählern gefallen möchte. Sein Antikommunismus trägt religiöse Züge; Kampf gegen die Sowjets ist für ihn letztlich ein heiliger Kampf.

Die hiermit drohende Gefahr ist natürlich in den USA erkannt worden. Im Oktober 1984 hat das "Christic Institute" in New York, von dem Jesuitenpater William Davis gegründet, Initiative ergriffen und eine Stellungnahme prominenter Kirchenvertreter und Theologen, christlicher sowie jüdischer, veranlaßt. Sie forderten Reagan auf, noch vor seiner Wiederwahl am 6. November 1984 sich öffentlich von seiner fundamentalistischen Anschauung zu distanzieren, wonach der Weltuntergang bevorsteht. Sie weisen darauf hin, daß sich Reagan bei mindestens neun verschiedenen Anlässen zum Glauben an das biblische Armageddon bekannt habe. - Nach meiner Kenntnis ist eine Distanzierung bis heute nicht erfolgt.

3. Sehen wir uns von diesem Ausgangspunkt die gegenwärtige Situation im Rüstungswettlauf kurz an! Ich deutete schon an, daß eine Interessenkoinzidenz besteht zwischen Kräften im Pentagon, die seit geraumer Zeit den Übergang von defensiver zu offensiver Rüstung anstreben, und dem politisch-religiösen Willen des gegenwärtigen US-Präsidenten, die Sowjetunion als Reich des Bösen in die Knie zu zwingen oder zu vernichten.

Natürlich hat man im Pentagon nichts mit Armageddon am Hut und ist auch nicht an einem Weltuntergang interessiert. Man strebt schlicht an, das bisherige atomare Gleichgewicht zwischen den Supermächten durch eine US-Überlegenheit zu ersetzen. Einigen ist dort sogar aufgegangen, wie das Armageddon-Denken des Präsidenten bedrohliche Züge trägt. So hat der einflußreiche Strategie-Experte Colin S. Gray in der Zeitschrift Foreign Policy schon im Sommer 1980 - diplomatisch verklausuliert - seine Befürchtungen zum Ausdruck gebracht. Er sagt:

"Ein Nuklearkrieg ist möglich, Aber anders als Armageddon, die Prophezeiung des apokalyptischen Krieges, der die Geschichte beendet, kann der Nuklearkrieg ein weites Spektrum von möglichen Ausprägungen haben. Viele Kommentatoren und dienstältere Mitglieder der US-Regierung betrachten ihn als nicht zu überlebendes Ereignis. Die Popularität dieser Ansicht hat solch einen beherrschenden und negativen Effekt auf die amerikanische Verteidigungsplanung, daß sie rasch zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung für die Vereinigten Staaten wird ..."

Es ist bemerkenswert, daß hier nicht ein Vertreter der Friedensbewegung oder ein Oppositionspolitiker den Finger auf den eigentlich wunden Punkt legt, sondern ausge-

rechnet ein Pentagon-Stratege: Den Punkt nämlich, daß der Glaube an die Katastrophe selbst Ursache für die Katastrophe werden kann. Man nennt das "self-ful filling prophecy", Prophetie, die ihrer Richtigkeit - bewußt oder unbewußt - nachhilft.

Natürlich wird es das Pentagon nicht zum offenen Konflikt mit dem Präsidenten oder den Fundamentalisten kommen lassen: Man würde ja den Ast absägen, auf dem man sitzt. Letztlich ziehen Militärs und apokalyptisch orientierte Politiker der US-Regierung am selben Strang einer neuen Überlegenheitsstrategie.

NEUE ÜBERLEGENHEITSSTRATEGIE

Diese hat zwei Bausteine. Der eine ist die Möglichkeit, sowjetische Raketen vom amerikanischen Territorium fernzuhalten. Die Strategic-Defense Initiative (SDI) ist eine gigantische Anstrengung, diesen Baustein zu liefern. Der andere ist ein Konzept der offensiven Kriegsführung. Er ist bereits mit der Air-Land-Battle-Doktrin Wirklichkeit geworden.

Neben dem erwarteten Forschungs- und Wirtschaftsboom und der generellen Angst vor sowjetischer Überlegenheit dürfte die religiös-apokalyptische Denkweise in den USA zur Erklärung beitragen, warum das Wahnsinns-Programm einer "Krieg-der-Sterne-Rüstung" so breit akzeptiert wird. Rationale Argumente scheinen wenig zu greifen. Daß eine schnelle Entwicklung im Elektronik-Sektor auch ohne Rüstungsplanung möglich ist, haben die Japaner vorgeführt. Daß überdies die Hoffnung auf einen atomaren Schirm Illusion ist, haben Hunderte von namhaften amerikanischen Wissenschaftlern öffentlich gesagt und ist offensichtlich. Neben jeden milliardenschweren Laser-Sateliten der Amerikaner brauchen die Sowjets nur einen kleinen Satelliten mit einer Ladung Dynamit oder elektronischen Störapparaten zu postieren. Wenn sie dann, wie man befürchtet, irgendwann offensive Absichten haben, brauchen sie nur zuerst ihre "Killersatelliten" zu betätigen, um den Atomschirm zerflattern zu lassen. Oder die Sowjets schicken zuerst Atrappenraketen los, um die Laser-Strahlen abzulenken, um dann den eigentlichen Atomschlag zu starten.

Man kann davon ausgehen, daß den Pentagon-Militärs dies letztlich klar ist. Dann bleibt eigentlich nur ein Schluß: Das SDI-Programm hat lediglich in Kombination mit einem offensiven Waffensystem Sinn. Wenn man - im

Jargon der Pentagon-Militärs gesprochen - einen "Enthauptungsschlag" gegen die Sowjetunion führt, kann man vielleicht die wenigen Raketen noch abfangen, die dem Erstschlag gegen die Raketenbasen entgangen sind.

Ich möchte nicht behaupten, daß die US-Regierung einen Angriffskrieg in jedem Fall plant. Aber es liegt in der Logik des neuen Konzepts, beim ersten Anzeichen eines gegnerischen Angriffs loszuschlagen, noch ehe der Feind in der Lage ist, seine eigentliche Offensive zu führen. Die Air-Land-Battle-Doktrin besagt, daß man dann sowohl mit Atomraketen, chemischen Waffen und Truppenbewegungen in das Hinterland des Gegners vordringt. Amerikanische Offiziere schwärmen neuerdings unverhohlen von Hitlers Blitzkrieg und wundern sich über Kritik, die aus der Bundesrepublik kommt: Man könne doch stolz sein, daß die Air-Land-Battle-Doktrin auf deutschem Boden gewachsen sei.

Es gilt dabei, mittelfristige und langfristige Planung auseinanderzuhalten. Atomschirm gemäß SDI und die Möglichkeit eines "Enthauptungsschlages", d.h. der sofortigen Zerschlagung des gesamten sowjetischen Angriffssystems sind langfristige Konzepte, die man vielleicht im Jahre 2000 glaubt erreichen zu können.

Die Air-Land-Battle-Doktrin ist dagegen bereits für das amerikanische Heer gültig. Man hat noch Schwierigkeiten, sie in der NATO durchzusetzen. So verbietet etwa das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich die "Vorwärtsverteidigung", es läßt allenfalls "Vornewegverteidigung", Verteidigung in vorderster Linie zu. Es gibt aber ein ganzes Spektrum von Bemühungen auf der Seite der USA, die NATO langsam in das neue Konzept hineinzuziehen. Einige führende Bundeswehroffiziere vertreten bereits offen die Air-Land-Battle-Doktrin. Der Bundesminister für Verteidigung hat darauf verzichtet, sich von ihnen zu distanzieren.

Man fragt sich, was noch alles passieren muß, bis uns einmal wirklich das nackte Grauen packt und die makabre Sorglosigkeit vorbei ist, mit der auch in unserem Land mit dem Vernichtungspotential der Atomraketen wie auch der chemischen Waffen und der in ihrer Vernichtungskraft ungeheuer gesteigerten konventionellen Rüstung umgegangen wird. Bei der Raketenzählerei kann man manchmal den Eindruck haben, es handle sich um Zinnsoldaten.

DIE CHANCE DER UMKEHR

Die grauenhafte Gewalt, die in den gepflegten Raketensilos lauert, hat wirklich apokalyptische Dimensionen und man kann in der Tat fragen, ob das heilsgeschichtliche Denken der Bibel hiermit überhaupt nichts zu tun hat. Ich denke, es hat etwas damit zu tun, allerdings anders als im Schema: wir die Guten, die anderen die Bösen.

Lassen Sie mich hierzu einen anderen Zeitzeugen anführen.

4. Bereits vor 24 Jahren ist ein Buch erschienen, das jetzt eigentlich noch aktueller ist als zur damaligen Zeit und das biblische Apokalyptik und Nuklearrüstung in unmittelbare Beziehung setzt. Es war von einem katholischen Physiker aus München, Bernhard Philbert, verfaßt und trägt den Titel "Christliche Prophetie und Nuklearenergie".

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, Philbert gehöre in die Reihe jener fundamentalistischen Endzeit-Gläubigen, von denen oben die Rede war. Dies ist aber nicht der Fall. Zwar erscheint mir die verbalistische Deutung der Bibeltexte problematisch, vor allem, da sie in keiner Weise den Hintergrund der Texte in der Zeit berücksichtigt, in der sie entstanden sind. Auch ist es sehr extrem, wenn der Autor - im Gegensatz zur üblichen Auffassung - keinerlei Symbolik im Buch der Offenbarung zu sehen vermag, sondern nur die Beschreibung von Fakten. Philbert geht davon aus, daß dem Schreiber der Offenbarung quasi ein Film vor Augen abgespult wurde, der endzeitliche Vorgänge gerafft darstellt. Allerdings will es keine deterministische Zukunftsaussage sein wie in der Apokalyptik US-amerikanischer Sekten, sondern die Beschreibung eines Verhängnisses, das die Menschheit selbst über sich bringt, wenn sie nicht umkehrt und ihre Finger von der Kriegstreiberei läßt.

Sie wissen vielleicht, wie das Buch der Offenbarung in den Kapiteln 8 - 19, also in 13 von 21 Kapiteln hauptsächlich über Wehen, über grauenhafte Ereignisse berichtet, die über die Menschheit hereinbrechen.

Es beginnt mit den sieben Posaunen; beim Schall jeder Posaune beginnt eine neue Katastrophe. Die siebte Posaune leitet dabei noch einmal eine Serie von sieben Wehen ein, symbolisiert auch das Ausgießen von Zornschalen. In den Kapiteln 17 - 19 werden dem Seher noch einmal, als

Erläuterung zu dem vorher Geschauten, drei Gestalten gezeigt: das Tier, das aus dem Meer steigt, das Tier, das vom Land kommt und die "große Buhlerin".

Philbert sagt nun kategorisch:"Mit sechs Posaunenstößen von sechs Engeln ... rollt ... ein Nuklearkrieg ab, der die Endzeit einleitet." In Offb. 8,7 heißt es:
"Der erste Engel stieß in die Posaune. Da kam Hagel und Feuer mit Blut vermischt auf die Erde geschleudert. Der dritte Teil der Erde verbrannte und alles grüne Gras verbrannte."

Philbert kommentiert das so:"Es wird von einem Bombardement bzw. Beschuß gesprochen, bei welchem Feuer von oben gegen die Erde geschleudert wird." Die "unmittelbare Hitzestrahlung, die auf der Erde die Gesteine verdampft und die Organismen vergast, ist die primäre Auswirkung der Detonation; der Luftdruck wird hierdurch erst sekundär ausgelöst. Unmittelbar mit der Detonation entstehen in der Glutwolke die radioaktiven Spalt- und Anlagerungskerne (Radioisotope), die vor allem über das Blut als Giftstoffe wirken. Über die Nahrung und die Schleimhäute gelangen sie in das Blut, aus dem sie vom Knochengerüst und verschiedenen Organen zum Teil hochselektiv ... absorbiert werden; Zellausfälle mit Blutzersetzung und Krebswucherungen sind die hauptsächlichen Folgen". Nach den katastrophalen Ereignissen der ersten sechs Posaunen, so Philbert in Umschreibung der Verse 20,21 in Offb. 9, "lassen sich die Menschen immer noch nicht zur Umkehr bringen. Sie dienen weiter ihren militärischen und politischen Konzeptionen, die dem menschlichen Wähnen entspringen und nicht die Gebote Gottes zur Grundlage haben; sie dienen bösen Geistern. ... Sie bekehren sich nicht von ihren Mordtaten, von der mißbräuchlichen Entfesselung der Naturgewalt in der Kriegstechnik, von ihrer Unzucht, von der mißbräuchlichen Entnahme der hohen Werte und Ideale für die Werke der Vernichtung".

Die sieben Schalen, die dann ausgegossen werden, rufen Plagen hervor, in denen man die langfristigen Wirkungen der Atomstrahlung erblicken kann, etwa wenn es heißt:
"Der erste Engel goß seine Schale auf die Erde. Da kamen bösartige, schlimme Geschwüre an die Menschen, die das Zeichen des Tieres an sich trugen und sein Bild angebetet hatten."

Besonders beachtenswert erscheint mir nun, was Philbert zu den beiden Tieren sagt, die als Träger widergöttli-

cher Mächte auftreten. Hierbei kommt auch der grundlegende Unterschied zu den amerikanischen Fundamentalisten zum Vorschein: In Offb. 13 sieht der Seher das Tier aus dem Meer aufsteigen, mit zehn Hörnern und sieben Köpfen, einem Panther ähnlich, mit Tatzen wie die eines Bären und einem Maul wie ein Löwenmaul. Die ganze Welt "betete das Tier an und sagte: 'Wer ist dem Tiere gleich und wer vermag mit ihm zu streiten' ..." Und später heißt es: "Wer Ohren hat zu hören, der höre. Wer andere in Gefangenschaft führt, soll selbst in Gefangenschaft wandern. Wer andere mit dem Schwerte tötet, soll selbst mit dem Schwerte umkommen."

Das andere Tier sieht der Schreiber der Geheimen Offenbarung aus dem Festland aufsteigen. "Es hatte zwei Hörner wie ein Widder und redete wie ein Drache." Es tut große Wunderzeichen. Sogar Feuer läßt es von dem Himmel fallen. Und es verführt die Menschen, ein Bild anzubeten und zwingt sie, ein Zeichen auf der rechten Hand oder der linken Stirn zu tragen. Keiner darf kaufen oder verkaufen, der nicht das Zeichen trägt.

Philbert sieht im ersten Tier, dem aus dem Meere kommenden, die große Militärmacht des Westens, ob mit oder ohne Verbündete ist offengelassen. Die große Buhlerin, von der gesagt wird, daß sie auf dem Tier reitet, wird als die Wirtschaftsmacht des Westens gedeutet. Das andere, vom Festland kommende Tier, deutet er als die sowjetische Militärmacht. Beide Tiere tragen gleichermaßen zum Unheil in der Welt bei.

DAS LEBEN WÄHLEN

Keineswegs steht also das westlich-christliche Reich des Guten dem östlich-kommunistischen Reich des Bösen gegenüber. Philbert:

"Heute mag es diesem scharlachroten Tiere aus dem Meere noch genehm sein, die christliche 'Idee' sich zum Aufbau seiner Kriegsmacht und zur Verteidigung des Christentums dienen zu lassen; als ideologisches Gegengewicht zur pseudomessianischen Kraft des Tieres aus dem Festland. Aber welcher Fratze werden die Christen ins Antlitz schauen, wenn sie einmal der ungehemmten Gewalttat dieses Tieres im Wege stehen und der Christ den Interessen dieses Tieres nicht mehr dienen kann": Der Fratze des Geistes, der mit Lebensstandard und Sexappeal die Welt betört. 'Hütet euch vor den falschen Propheten! Sie kommen in Schafskleidern zu euch, innen aber sind

sie reißende Wölfe. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen'(Matth. 7, 15-16)".

Bernhard Philbert, dem ich in der Zeit nach Erscheinen seines Buches mehrfach begegnet bin, ist ein politisch und religiös eher konservativer Mensch. Seine Äußerungen entspringen nicht einer vorgefaßten politischen Meinung, sondern einer echten Betroffenheit als Naturwissenschaftler und als Mensch, der die Bibel ernst nimmt. Was er sagte, hat er vor der Präsidentschaft von Ronald Reagan und vor den Reden Falwells und Lindseys zur Atomrüstung, vor Gründung der "Moral Majority" gesagt. Man mag seiner Auslegung der Geheimen Offenbarung nicht in allem folgen: Seine Analyse bringt aber Apokalyptik und Wettrüsten in ein Verhältnis, das uns zu denken geben sollte. Es steht gegen die Perversität eines apokalyptischen Denkens, das in der Bibel nach Rechtfertigung für einen Atomkrieg sucht. Eine derartige Rechtfertigung kann selbst als Teil einer Gotteslästerung gesehen werden, wie sie das Buch der Offenbarung mit dem widergöttlichen Tier "Militärmacht" in Verbindung bringt.

Der bekannte Satz "Wer das Schwert nimmt, soll mit dem Schwert umkommen" steht nun einmal nicht nur in der Petrusgeschichte, sondern auch in der Apokalypse des Johannes. Gerade diese Verbindung ist bedeutsam. Jesus selbst hat viel über Endzeit, insbesondere in apokalyptischen Visionen gesprochen. Man macht es sich zu leicht, läßt man diesen Teil der Botschaft Jesu - oder die Geheime Offenbarung - einfach weg oder interpretiert ihn nur religionsgeschichtlich. Dies erinnert an Versuche, die Botschaft von der Auferstehung mit religionsgeschichtlichen Argumenten ihres realen Aspektes unserer Hoffnung über den Tod hinaus ganz zu entkleiden.

5. Fragen wir abschließend, ob angesichts der aktuellen Unmöglichkeit, die Rüstungsspirale anhalten zu können, nicht doch nur Weltuntergangsstimmung bleibt, das ausweglose Warten auf den atomaren Punkt Omega. Hat das Evangelium mehr dazu zu sagen?

In der Tat, es hat mehr dazu zu sagen. Das Evangelium ist eine Botschaft vom Leben, vom Frieden. Das Unheil hängt wie ein Damokles-Schwert über uns. Aber der Faden braucht nicht zu reißen. Buße, Umkehr ist möglich. Für Ninive war der Untergang angekündigt, als Jona dorthin zog. Aber die Stadt tat Buße und, sehr zum Ärger des Propheten Jona, blieb ihr das Leben.

Das heißt wiederum nicht: Es wird schon alles gut gehen. Es hat immerhin schon ein Hiroshima gegeben und die Vergasung von 6 Millionen Juden, die Grauen des 2. Weltkrieges, Vietnams, und es wird in der Gegenwart genug gemordet.

Gerade die mittelfristige Rüstungsplanung läuft darauf hinaus, einen begrenzten Atomkrieg möglich zu machen, also nicht mehr vor der Alternative totale Vernichtung oder Verzicht auf Anwendung von Nuklearwaffen zu stehen. Die Schwelle zum Atomkrieg wird damit herabgesetzt. Hinzu kommt die immer größere Wahrscheinlichkeit, daß durch eine technische Panne oder eine Kurzschlußreaktion die erste Atomrakete losgeht.

Kommt es zu einem begrenzten Schlagabtausch, dann voraussichtlich auf deutschem Boden, wo in Ost und West ein erheblicher Anteil aller Atomsprengköpfe lagert, die es überhaupt gibt.

Es ist unsere Option, dies hinzunehmen oder "Nein" zu sagen.

An das Volk Israel erging an der Schwelle zum Leben im erhofften Land das Wort: Ich habe dir Leben und Tod, Segen und Fluch vorgelegt, daß du das Leben wählst. Dieses Wort gilt auch uns.

Peter Weinbrenner

AUFRÜSTEN HEISST ABWIRTSCHAFTEN*

Wer die Rüstungs-Diskussion in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt, dem fällt auf, daß neben Sicherheits- und Strategiefragen zunehmend ökonomische Argumente an Bedeutung gewinnen. Der Rüstungshaushalt stellt neben dem Sozialhaushalt den größten Posten in der Haushaltsplanung der Bundesrepublik dar. Etwa ein Fünftel des Etats, also ca. 50 Millarden DM, wurden im letzten Jahr als Rüstungs- bzw. Verteidigungslasten ausgewiesen. Nimmt man die Kosten hinzu, die in anderen Etats ausgewiesen werden (z.B. Mittel für den strategischen Ausbau von Straßen im Verkehrsressort, Mittel für militärische

*) Vortrag beim Bielefelder Friedensformum November 1985.

Forschung und Entwicklung im Forschungsetat oder Ausgaben für den Zivilschutz, die von den Kommunen finanziert werden), dann ergibt sich ein noch viel höherer Anteil. Der Haushalt des Jahres 1985 stand - wie schon in den letzten Jahren - ganz im Zeichen des Vorrangs für die Militärausgaben: Bei einer konjunktur- und beschäftigungspolitisch unverantwortlich niedrigen Steigerungsrate der Gesamtausgaben von nur 1,2 % sind die Mittel des Bundesverteidigungsministeriums mehr als dreimal so schnell, nämlich um 3,7 % angestiegen.

Diese Politik beschleunigter militärischer Aufrüstung geht einher mit einer drastischen Einschränkung von Sozial- und Bildungsausgaben: So wurden die Mittel des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung um den gleichen Betrag (nämlich 1,9 Milliarden DM) gekürzt, um den die Militärausgaben angestiegen sind. Das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit erhält 600 Millionen DM oder 3,6 % weniger. Der Etat des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, der bereits im Jahre 1984 um 13 % gekürzt worden ist, wird erneut um 0,7 % gesenkt.

Diese drastischen Haushaltsverschiebungen der Regierung Kohl/Genscher, die vor dem Hintergrund der amerikanischen Aufrüstungspolitik und der neuen NATO-Doktrin (Vorwärtsverteidigung, Air-Land-Battle) gesehen werden müssen, bringen die regierenden Parteien in zunehmende Begründungsschwierigkeiten und erfordern einen erweiterten Argumentationshaushalt, um trotz der weithin sichtbaren Folgen der eingeleiteten Sozialsparpolitik noch eine hinreichende Massenloyalität und damit das politische Überleben zu sichern. Daß diese Politik der Rechtfertigung und Beschwichtigung nicht ganz so erfolgreich war, wie es sich die Protagonisten erhofften, zeigen die Ergebnisse der letzten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Die durchgängige Argumentationsfigur, die zur Begründung für den steigenden Milliardenaufwand für den Rüstungs- und Militärapparat herangezogen wird, besteht darin, nachzuweisen, daß man für das aufgewendete Geld ja auch etwas bekommt, und zwar etwas, was der Gesellschaft bzw. der Nation nützt. Damit entsteht jedoch das, was man als das "ökonomische Dilemma" in der Rechtfertigung von Bundeswehr und Rüstungspolitik bezeichnen könnte. Wenn man ökonomisch an die Sache rangeht, dann will man bei jedem Haushaltsposten wissen, was man an Gütern und Dienstleistungen dafür bekommt. Wenn der Staat Schulen, Straßen, Krankenhäuser, Telefonnetze und Verkehrswege baut und finanziert, wenn er Beamtenpensionen, Mittel für Forschung

und Entwicklungshilfe, Subventionen für die Landwirtschaft usw. bereitstellt, dann kann jede Ausgabe auf ihr Kosten-Nutzen-Verhältnis überprüft und diskutiert werden. Überall ist ein unmittelbarer gesellschaftlicher Nutzen erkennbar. Nur bei der Begründung für die 50 Milliarden im Verteidigungshaushalt funktioniert eine solche Kosten-Nutzen-Betrachtung nicht. Warum?

Worin besteht der gesellschaftliche Nutzen der Bundeswehr, eines Leopard-Panzers oder eines Tornado-Kampfflugzeuges? Die Ökonomie versagt deshalb, weil der Nutzen, den wir für die 50 Milliarden jährlich erhalten, nicht rechenbar, nicht in Zahlen und damit nicht in DM ausgedrückt werden kann. Die Bundeswehr, der Panzer und das Kampfflugzeug produzieren - wenn überhaupt - einen immateriellen Nutzen. Aber welchen? Die gängige Antwort darauf lautet ja bekanntlich, daß durch diesen Riesenaufwand "Sicherheit" produziert würde. Das heißt, man überträgt einfach das ökonomische Kosten-Nutzen-Denken auf den Verteidigungshaushalt - und kommt in entsprechende Begründungsschwierigkeiten. Bedeutet wirklich jeder zusätzliche Bundeswehrsoldat, jede neu aufgestellte Rakete und jeder zusätzliche Kampfpanzer einen Zuwachs an Sicherheit? Dies ist die Legitimationskrise, in die sich Politiker gestellt sehen, die immer mehr Mittel für Verteidigung, für Verteidigungsforschung und -entwicklung fordern und immer weniger Sicherheit garantieren können.

Erst vor dem Hintergrund dieser wachsenden Begründungsnot von Politikern, die steigende Verteidigungsausgaben bei sinkenden Sozial- und Bildungsausgaben rechtfertigen wollen,wird eine neue Argumentationsfigur hervorgebracht, die ich einer kritischen ökonomischen Analyse unterziehen möchte. Diese Argumentationsfigur besteht darin, daß jetzt nicht nur die Formel, "Rüstung schafft Sicherheit" vorgetragen wird, sondern darüber hinaus drei Zusatzversprechen gemacht werden:

- daß Rüstung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen leiste,
- daß Rüstung die Forschung und Entwicklung modernster Technologien begünstige und
- daß Rüstung einen wesentlichen Beitrag für die Stabilisierung der Konjunktur und des Wirtschaftswachstums leiste.

SCHAFFT RÜSTUNG ARBEITSPLÄTZE?

Das Arbeitsplatzargument hat sich in letzter Zeit immer mehr zum politischen Totschlagsargument entwickelt, nicht zuletzt innerhalb der Rüstungsdebatte. Danach führt jede Kürzung des Verteidigungsetats zu Entlassungen, eine Erhöhung des Rüstungsbudgets jedoch zu Neueinstellungen. Hohe Rüstungsaufwendungen sind nach dieser Auffassung konjunkturstabilisierend und arbeitsplatzerhaltend (so die Vereinigung für Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.: Umfrage über die Kapazitätsauslastung in der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981). Das Argument ist inzwischen mehrfach widerlegt worden, und ich kann mich auf kurze Hinweise beschränken. In einer umfassenden empirischen Studie in den USA wurde bei der Analyse von 136 verschiedenen Branchen mit ziviler Betätigung festgestellt, daß bei der Investition von 1 Milliarde Dollar für Rüstung insgesamt 76 000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Wird dagegen der gleiche Betrag für zivile Programme verwendet, so ergibt sich ein Beschäftigungspotential von 86 000 Beschäftigten im Maschinenbau, 100 000 im Bausektor, 139 000 im Gesundheitswesen und 187 000 im Erziehungswesen, also - bezogen auf den Bildungsbereich - 147 % mehr Beschäftigungswirkung. Die Argumente gegen einen besonderen Beschäftigungseffekt von Rüstungsausgaben lassen sich zusammenfassend in fünf Punkten formulieren:

1. Rüstungsproduktion ist sehr kapitalintensiv und nicht arbeitsintensiv (z.B. kostet ein Arbeitsplatz in der Metallindustrie über eine Million DM; ein Lehrer braucht dagegen für seine Arbeit nur Tafel und Kreide).

2. Es gibt keinen nachweisbaren Zusammenhang zwischen der Höhe der Militärausgaben und der Arbeitslosenquote. Bestes Beispiel hierfür ist Japan: Im Vergleich zu anderen westlichen Industriestaaten hat es das niedrigste Rüstungsbudget und gleichzeitig die niedrigste Arbeitslosigkeit (z.Z. ca. 2,5 %). Die Arbeitslosenquoten der Hochrüstungsstaaten dagegen betragen zur Zeit (Okt. 1985)
   in Frankreich 10 %,
   in Italien 13 %,
   in Großbritannien 14 %,
   in der Bundesrepublik 8,5 %,
   in den USA 7 %.

3. Nur ca. 250 000 Arbeitsplätze sind in der unmittelbaren Rüstungsproduktion; das entspricht etwa 1 % aller Beschäftigten. Der Rüstungsbereich spielt daher in

der Beschäftigungspolitik so gut wie keine Rolle.

4. Diese 250 000 Arbeitsplätze verlangen hochqualifiziertes Fachpersonal (Ingenieure, Elektroniker, Metallfacharbeiter usw.); fast 60 % der Arbeitslosen sind dagegen Un- und Angelernte.

5. In der Rüstungsindustrie gibt es fast nur Männerarbeitsplätze. Eine Steigerung der Rüstungsproduktion hätte daher keinen Effekt für den Abbau der Frauenarbeitslosigkeit, die ja sehr viel höher ist als diejenige der Männer.

FÖRDERT RÜSTUNG NEUE TECHNOLOGIEN?

Inwieweit ist die Rüstung ein Motor des technischen Fortschritts? Ist die in der Rüstungswirtschaft entwickelte Spitzentechnologie im Rahmen des zivilen Sektors verwertbar und fördert sie die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft?

Nach einer UNO-Studie von 1982 wird für keinen anderen Bereich menschlicher Tätigkeit ein Beitrag für Forschung und Entwicklung ausgegeben, der mit dem für die Rüstungsindustrie verschwendeten vergleichbar wäre. Diese Feststellung wird bestätigt durch den Bericht des Club of Rome für die 80er Jahre unter dem Titel "Das menschliche Dilemma"(1979). Hier heißt es:"In den so wichtigen Bereichen Forschung und Entwicklung arbeiten über eine halbe Million Wissenschaftler und Ingenieure, nahezu die Hälfte aller Wissenschaftler und Ingenieure, die es auf der Welt gibt, in der Rüstungsforschung. Mit dem Etat von 30 Milliarden Dollar pro Jahr verbraucht die militärische Forschung und Entwicklung mehr öffentliche Gelder als alle Forschungsprojekte auf den Gebieten Erziehung, Gesundheit und Nahrungsmittel zusammen." Da die Zahlenbasis dieses Berichts schon über fünf Jahre zurückliegt, sind die genannten Werte nicht zuletzt im Hinblick auf die gigantische Ankurbelung der amerikanischen Rüstungsmaschine durch Präsident Reagan um mindestens ein Drittel zu erhöhen.

Diese enormen Rüstungslasten werden in der öffentlichen Diskussion, insbesondere von Vertretern der Wirtschaft, damit gerechtfertigt, daß eine Übertragung technischer Produkte und wissenschaftlicher Erkenntnisse, die in der Rüstungsforschung gewonnen wurden, auf den zivilen Bereich stattfinde und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessert würde (sog. spin-off- bzw. spill-over-Effekte).

Dieser immer wieder zu hörenden Behauptung hat Jürgen SENGER in seiner Studie "Rüstungswirtschaft und Rüstungstechnologie"(1980) eine theoretische und empirisch überzeugende Absage erteilt. Seine Argumente lassen sich in folgende Thesen zusammenfassen:

- Obwohl die Rüstungsaufwendungen ständig wachsen, wird die Sicherheit nicht größer, sondern nur teurer.
- Da die Rüstungsproduktion immer kapitalintensiver wird, bedarf es immer größerer Mittel für die Forschung, Entwicklung und technische Ausstattung der Rüstungsindustrie.
- Dieser hohe Kapitalaufwand ist so groß und risikobehaftet, daß die private Rüstungsindustrie nicht mehr bereit ist, diese hohen Milliardeninvestitionen aus eigenen Mitteln, d.h. über den Markt, zu finanzieren.
- Dadurch ist der Staat nicht mehr in der Lage, seinen rüstungstechnologischen Bedarf über den freien Rüstungsmarkt zu decken, sondern er muß selbst die Trägerschaft und das Risiko für die Rüstungsproduktion übernehmen.
- Dies kann er nur dadurch tun, daß er aus seinem allgemeinen Forschungs- und Entwicklungsetat, der zunächst für die zivile Forschung und Entwicklung vorgesehen war, immer mehr Mittel herauszieht und sie in die Rüstungsforschung und -entwicklung umlenkt. Es besteht also die Gefahr, daß der zivile Forschungs- und Entwicklungssektor immer mehr zugunsten des Rüstungssektors schrumpft.
- Eine Förderung ziviler Entwicklungs- und Forschungsaufgaben findet nur noch dann statt, wenn es einen unmittelbaren Technologietransfer zwischen Rüstungs- und zivilem Sektor gibt.

Damit sind wir beim springenden Punkt der ganzen Argumentation angelangt. Dieser Technologietransfer findet entweder überhaupt nicht statt, zu spät statt, oder er ist - wenn er stattfindet - nutzlos. Warum?

1. Er findet überhaupt nicht statt, weil die in der Militärforschung erzielten Ergebnisse strengster Geheimhaltung unterliegen und damit jede zivile Nutzung verhindern (85 % der Patente in den USA unterliegen wegen ihrer militärischen Bedeutung der Geheimhaltung), d.h. es wird im Grunde parallele Forschungsarbeit geleistet. Rüstungsforschung und zivile Forschung wissen nichts voneinander; es wird teu-

re Doppelarbeit geleistet. Inzwischen kann geradezu von einer Geheimhaltungshysterie gesprochen werden. US-Verteidigungsminister Weinberger erklärte kürzlich der sprachlosen Presse, eigentlich gehörte auch sämtliches elektronisches Kinderspielzeug der Kontrolle unterworfen. Und mit schlichten Heimcomputern ließen sich atomare Lenkwaffen steuern, billige Personalcomputer könnten zur Gefechtsfeldanalyse benutzt werden. Überhaupt ließen alle Meß-, Steuer- und Regelungseinrichtungen, komplexe Waffen, fortgeschrittene Technologien und Know-how-Bereiche in der letzten Instanz immer irgendwelche "militärischen" bzw. rüstungstechnologischen Anwendungen zu (vgl. F. SCHLUPP, Krieg der Sterne ..., in: express 5/85, S. 12). Angesichts dieser hysterischen Geheimhaltungspraxis findet gerade für technisch besonders qualifizierte Forschungsergebnisse überhaupt kein Transfer statt.

2. Ein Technologietransfer findet zu spät statt in all den Fällen, wo die Produkte aus der Geheimhaltung entlassen werden, weil sie inzwischen auch im zivilen Sektor im Rahmen der Parallel- und Doppelforschung entdeckt wurden oder weil ihre rüstungstechnische Anwendung inzwischen überholt ist.

3. Der Technologietransfer ist schließlich nutzlos, entweder weil die in der Rüstungstechnologie geforderten hohen technischen Standards für den zivilen Bereich völlig überhöht sind (wer braucht schon Legierungen, die mehrere tausend Grad Hitze vertragen oder Steuerungssysteme, die auf Tausende von Kilometern ein Ziel treffen) oder es gibt für die entsprechende Technologie überhaupt keine zivile Nutzanwendung. Es gibt Schätzungen, nach denen nur ca. 5 % der militärischen Entwicklung überhaupt zivil nutzbar sind.

Es besteht also eine zunehmende Disparität zwischen dem militärischen und dem zivilen Forschungs- und Entwicklungssektor. Die sich insbesondere im Gefolge der SDI-Strategie der Vereinigten Staaten, in deren Sog ja auch die Bundesrepublik zu geraten droht, abzeichnende Durchmilitarisierung des gesamten Forschungs- und Entwicklungsbereichs hat - wie das Beispeil der USA zeigt - schon besorgniserregende Ausmaße angenommen:"Nicht genug damit, daß eh schon 65 % der staatlichen Forschungs- und Entwicklungs-Ausgabeprogramme direkter Pentagon-Kontrolle unterliegen und ca. 2/3 aller Wissenschaftler

irgendwann einmal für das Pentagon gearbeitet haben, wurden die Kontrakt- bzw. Kontrollbestimmungen erheblich ausgeweitet. So sind ca. 200 US-Forschungsuniversitäten für alle Ausländer 'off limits'. Immer mehr Forschungskongresse schließen alle Ausländer aus oder Forschungsvorhaben werden per se als 'emerging military significant technologies' (aufkommende militärisch wichtige Technologiebereiche) deklariert und damit militärischer Kontrolle unterworfen."(SCHLUPP 1985; 12)

Von einem positiven Effekt der militärischen Rüstungsentwicklung für den zivilen Sektor kann insofern keine Rede sein. Im Gegenteil: Die dem zivilen Sektor zunehmend entzogenen Geldmittel fehlen für dringende zivile Entwicklungsaufgaben (z.B. für die Entwicklung von Umweltschutztechnologien, medizinischer Forschung und alternativer Energiesysteme).

- Militärische Produkte sind durchschnittlich zwanzigmal forschungsintensiver als Zivilprodukte (vgl. SIPRI-Jahrbuch 1981;7).
- Der größte Teil der militärischen Forschung basiert auf den Ergebnissen der Zivilforschung. Man sollte also das Verhältnis umkehren: Militärische Forschung als Nebenprodukt ziviler Forschung.

LÖST RÜSTUNG WIRTSCHAFTSWACHSTUM AUS?

Betrachtet man die klassischen Wachstumsfaktoren, die in der Vergangenheit zu einer erheblichen Steigerung der individuellen und gesellschaftlichen Wohlfahrt geführt haben, so unterliegen sie langfristig alle einer allmählichen Erschöpfung. Hinzu treten neue wachstumshemmende Phänomene: Umweltprobleme, Ressourcenverknappung, postmaterielle - sprich: konsumfeindliche - Wertvorstellungen usw. Nur ein Wachstumsfaktor hat sich bis heute ungebrochen gehalten und scheint sich eher noch zu verstärken: die Rüstung (vgl. Karl Georg ZINN, Die Selbstzerstörung der Wachstumsgesellschaft, Reinbek 1980, S. 141). Der dargestellte Sachverhalt verführt zu der Schlußfolgerung, daß Rüstung ein unabdingbarer Wachstumsfaktor sei. Ökonomisch ist die Aussage auch zweifellos richtig, da alleiniger Maßstab für Wirtschaftswachstum die Größe des Sozialprodukts ist, also die Summe der Güter und Dienstleistungen, die in einem Jahr produziert werden. Diese Maßgröße sagt jedoch über den gesellschaftlichen Nutzen dieser Güter und Dienstleistungen nichts aus. In das Sozialprodukt fließen Werte und Unwerte gleichermaßen ein. So erhöhen z.B. Ver-

kehrsunfälle das Sozialprodukt, da sie Reparaturwerkstätten, Polizei und Feuerwehr, Ärzte und Krankenhäuser in Arbeit und Brot bringen. Wachstum und Sozialprodukt sind keine Wohlstandsindikatoren. Rüstungsgüter sind allesamt unproduktiv und entziehen der Volkswirtschaft wertvolle Material- und Personal- sowie Bodenressourcen (ca. eine Million Beschäftigte sind dem zivilen Bereich entzogen und somit an der Erzeugung produktiver Güter und Dienstleistungen verhindert; im Zeichen allgemeiner Rohstoffknappheit und der drohenden Erschöpfung natürlicher Ressourcen stellen die Material- und Energieverluste für Rüstungszwecke eine grenzenlose volkswirtschaftliche Verschwendung dar; 423 000 ha Boden werden für militärische Zwecke benötigt, das ist 1,7 % des Gesamtterritoriums und entspricht der doppelten Fläche des Saarlandes; hinzu kommen Manöverschäden von über 100 Mill. DM im Jahr, Umweltbelastungen durch Gifte, Gase oder Lärm, Risiken durch die Lagerung hochexplosiver Munition einschließlich atomarer, biologischer und chemischer Kampfstoffe usw. (vgl. Thilo CASTNER, Aufrüstung und Nationalökonomie, in: Wirtschaft und Erziehung 1983, S. 197). Insgesamt bedeutet also Rüstung für die Wirtschaft eine ständige Verschwendung materieller, personeller und natürlicher Ressourcen, die für die zivile Produktion von Gütern und Dienstleistungen und damit die Verbesserung der allgemeinen sozialen Wohlfahrt fehlen. Eine auf Sozialindikatoren gestützte Wohlfahrtsmessung würde eindeutig erweisen, daß eine Volkswirtschaft durch zunehmende Rüstungslasten einen Verlust an Wohlfahrt und Lebensqualität erleidet.

Ich komme zur Ausgangsfrage zurück: Was bekommen wir für die 50 Milliarden im Verteidigungshaushalt? Die regierungsamtliche Begründung lautete: Wir bekommen militärische Sicherheit plus drei positive wirtschaftliche Zusatzeffekte, nämlich
1. sichere Arbeitsplätze,
2. moderne Technologien und
3. positives Wirtschaftswachstum.

Unsere Überlegungen haben jedoch ergeben, daß alle drei Zusatzargumente falsch sind:

1. Rüstung ist derjenige Bereich, der durch seine Kapitalintensität die wenigsten und zugleich risikoreichsten Arbeitsplätze schafft.

2. Die modernen Rüstungstechnologien haben nur einen minimalen zivilen Nutzen, unterliegen immer mehr der Geheimhaltung und verhindern geradezu die forcierte Entwicklung wichtiger ziviler Technologien im Umweltschutz, im Gesundheitswesen und in anderen wichtigen zivilen Bereichen (Mildred SCHEEL hat als ihr Lebenswerk 200 Mill. DM für die Krebsforschung gesammelt - das entspricht dem Gegenwert von zwei Tornados).

3. Rüstungsproduktion bedeutet angesichts der drohenden Erschöpfung wichtiger Ressourcen eine unverantwortliche Verschwendung von Rohstoffen, Energie, Arbeit und Zeit und führt insofern zu einem gesellschaftlichen Verlust an Wohlstand und Lebensqualität.

Die Formel "Rüstung bringt Sicherheit plus ökonomische Zusatznutzen" ist falsch. Es gibt kein "Plus"; sie muß daher lauten:"Aufrüsten heißt Abwirtschaften."

FRIEDENSBLOCKADEN

In der letzten Ausgabe von CuS hat Meta Lambertz Motive und Erfahrungen als Dauerblockiererin in Mutlangen dargelegt. Die Redaktion ist der einhelligen Meinung, daß das Problem der Friedensblockaden überhaupt wesentlich stärker als bisher als ernstzunehmender Bestandteil linkschristlicher Handlungsstrategien diskutiert werden sollte. Wir veröffentlichen zunächst eine theologische Stellungnahme des Bochumer Theologen Hans-Eckehard Bahr zur Protesthandlung des Münsteraner Pastors Werner Lindemann. Im Anschluß daran dokumentieren wir zwei gegenläufige Urteile zum gleichen Tatbestand (Nötigung bzw. Aufruf zur Nötigung). Im noch nicht rechtskräftigen Urteil des zweiten Falles - Strafsache gegen Pastor Werner Lindemann - zeigt sich offiziell der Niederschlag obiger Argumentationsweise. Selbst wenn wir dadurch nur die Widersprüchlichkeit in der juristischen Beurteilung von Friedensblockaden dokumentieren können - einen Hoffnungsschimmer wirft die Begründung zum zweiten Urteil auf alle, die Blockaden als ernst zu nehmende Friedenshandlung betrachten. Sie schafft Leuten wie Heinrich Olsen, der abschließend über seine Erfahrungen aus Mutlangen berichtet, aber noch lange keinen Mut zum Weitermachen. Den schöpft er aus seinem tiefen religiösen Fundus, aber auch aus dem solidarischen Beistand Gleichgesinnter.

Die Redaktion.

Hans-Eckehard Bahr

SYMBOLISCHE ZEICHENHANDLUNG ODER VERWERFLICHE STRAFTAT?

Theologische Stellungnahme zu einer Friedensblockade in Münster

Die zur Verhandlung stehende Protesthandlung Herrn Pastor Werner Lindemanns steht in der religiösen Tradition öffentlicher Bezeugung des christlichen Glaubens. Sie repräsentiert - ihrer Form nach - einen Typus von Religionsausübung, der bereits seit der alttestamentlichen Prophetie integraler Bestandteil der religiösen Kommunikation ist, einen Typus, der nicht nur in Form von Predigt und Ritual agiert, sondern in symbolischen, d.h. dezidiert gewaltfreien Zeichenhandlungen (A).

Diese symbolischen Zeichenhandlungen sind - ihrer inhaltlichen Mitteilung nach - voll und ganz den diesbezüglichen Friedensdeklarationen der Kirche verpflichtet (B). Sie stehen nicht zuletzt in voller Übereinstimmung mit den biblischen Normen des Glaubens (C).

Da GG 4,2 als fundamentales Grundrecht festhält: "Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet", würde eine, mit welcher Begründung auch immer, erfolgende staatliche Verurteilung Herrn Lindemanns immer auch eine Verletzung der Glaubensfreiheit in der BRD implizieren.

Zu (A):
Zeichen- und Symbolhandlungen wie die von Münster sind Charakteristika auch der großen gewaltfreien Bewegung des 20. Jahrhunderts. Gandhi, Martin Luther King, die Gebrüder Berrigan und viele Bürger der Bundesrepublik - sie tragen keine Theorien über Frieden vor. Sie verkörpern vielmehr in demonstrativen Gleichnis-Handlungen (e.g. Tragen eines Kreuzes u.a.) den Gegensatz zum Unfrieden. Ihre Überzeugung von der Notwendigkeit gewaltfreier Politik zwischen jedem Gegner soll leibhaftig bezeugt, nicht verbal-rhetorisch nur beschworen werden ("Körperkirche").

PROPHETEN UND PAZIFISTEN

Hätten es nicht auch Worte getan, Erklärungen oder Appelle? Offenbar nicht. Die Phantasie der Bürger soll ja angeregt, die bessere, gewaltfreiere Zukunft "ad oculos" demonstriert werden. Alle sollen ja zu sehen bekommen,

was zu hören ihnen schwerfällt. Eine Verständigung jenseits von Worten, symbolisch jedensfalls? Ja, Propheten und Pazifisten bringen zu allen Zeiten Proteste gegen Staatswillkür und Zukunftsvisionen gerade so zum Ausdruck.

Zu denken wäre an Jeremia, der sich quasi verkehrsbehindernd auf öffentlichem Platz ein Joch auflegt, um die kommende Niederlage seines Volkes provokativ darzustellen (Jer. 28). Zu erinnern wäre an Ezechiel, der in bewußtem Gegensatz zur öffentlichen Meinung in seiner eigenen äußeren Erscheinung die zukünftige Katastrophe vorwegnimmt, nämlich durch das Anlegen des Schermessers an Haupt- und Barthaar, womit das künftige Kahlrasieren des Landes durch die babylonische Armee demonstriert werden soll. (Ez 5).

Vor allem die neutestamentlichen Geschichten von Gesetzesübertretungen, von Konventionsbrüchen durch Jesus gehören in diese Tradition. Provokant bricht Jesus ja die öffentlichen rechtspolitischen Bestimmungen des Sabbats. Er pflückt Ähren ab, weil die Menschen hungern, die mit ihm sind (Mk 2). Er heilt trotz gesetzlich verordneter Arbeitsruhe Kranke am Sabbat, um öffentlich zu zeigen, welchen Sinn der Sonntag menschlich hat, daß "der Sabbat für den Menschen da ist und nicht der Mensch für den Sabbat".

Auch Jesus also wirkt bewußt provozierend, verletzt spielerisch Gesetzesregeln und macht so auf bestimmte Unrechtszustände aufmerksam, die durch öffentlich-rechtliche Ordnungsregeln gedeckt sind. (Natürlich erschöpft sich das Auftreten dieser Männer im alten Israel nicht in deren szenischen Demonstrationen. Aber ohne jenes Element der Gegenöffentlichkeit, der Inszenierung, des "Straßentheaters", der symbolischen Aktion wahrzunehmen, könnten wir die Widerstandsformen der Propheten und die jesuanischen Symbolhandlungen eben auch nicht erfassen. Wie umgekehrt nichts von den symbolischen Martin Luther Kings, der Berrigans bis hin zu der Blockierung in Münster durch Herrn Lindemann adäquat verstanden wird, wenn es nicht auch in der religiösen Tradition prophetischer Kommunikation erscheint).

Analog dazu brach Mrs. Rosa Parks 1956 in Montgomery (Alabama) - der Beginn der Bürgerrechtsbewegung in den USA - bewußt die staatlichen Gesetze (Sitzverbot für Schwarze im Busteil für Weiße), um das fundamentale Unrecht herrschender Jurisdiktion öffentlich anzuklagen.

Protestdruck dieser Art aber verletzt niemanden, bleibt also - wie die Blockade in Münster 1983 - entschieden symbolisch. Dem politischen Gegner als Person wird kein Schaden zugefügt, wohl aber seinen Geschäften, sofern sie andere Mitbürger um ihr Menschenrecht bringen (USA) oder den Völkerfrieden bedrohen (Bundesrepublik).

AKTUELLE STELLUNGNAHMEN

Zu (B):
Die symbolische Blockierung eines Zugangsweges zu einer strategisch zentralen Militärkommando-Einrichtung ist voll und ganz gedeckt durch die entsprechenden Friedensdeklarationen der Kirche. Für Herrn Lindemann als Mitglied der Ev. Kirche ist jedenfalls die Erklärung des Weltkirchenrats (Vancouver 1983) verbindlich:"Produktion, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen ist ein Verbrechen gegen die Menschheit".

Die Reformierten Christen, die Katholische Bischofskonferenz der USA und die übergroße Mehrheit der protestantischen Kirchen in den USA, die DDR-Kirchen - sie haben inzwischen mit einem bedingungslosen Nein zu allen Massenvernichtungswaffen nun auch die von der Bundesregierung vertretene defensive Erstschlagspolitik für Massenvernichtungmittel unüberhörbar abgelehnt. Die Synode des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR erklärte im September 1982:"Die Absage an Geist und Logik der Abschreckung wirft theologische Grundfragen auf. Neue Waffensysteme sollen den atomaren Erstschlag ermöglichen, neue Strategien suchen, einen Erfolg zu sichern. Diese Bedrohung allen Lebens durch eine übersteigerte Rüstung fordert unseren Glauben heraus. Wenn wir sie stillschweigend hinnehmen, geraten wir in Widerspruch zu Gott dem Schöpfer, denn sein Auftrag verpflichtet uns zur Bewahrung der Schöpfung und schließt das Recht zu ihrer Zerstörung aus. Deshalb geht es hier um Gehorsam oder Ungehorsam gegen Gott"(epd Dokumentation 47/82, S. 30).

Steht nicht auch im Vaticanum II bereits:"Jede Kriegshandlung, die auf Vernichtung ganzer Städte oder weiter Gebiete und ihrer Bevölkerung unterschiedslos abstellt, ist ein Verbrechen gegen Gott und gegen den Menschen, das fest und entschieden zu verwerfen ist"?

HALTUNG DER BUNDESREGIERUNG

Inwiefern ist eine Bundeswehr-Einrichtung von dieser kirchlichen Fundamentalkritik betroffen? Trifft eine

symbolische Blockierung des Zugangsweges zu den Räumlichkeiten des ersten Korps in Münster nicht eine Institution, die keineswegs mit Massenvernichtungswaffen strategisch kalkuliert? Dazu ist zu sagen: Vier Tage vor der Blockade in Münster, am 14.10.1983, bekräftigte Dr. Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, in seiner Bundestagsrede zu dieser Problematik (vgl. Plenar 10/29 Bundestagsprotokoll) die für die Bundeswehr verpflichtende Militärstrategie, im Fall eines konventionellen Angriffs des Warschauer Paktes mit atomaren Massenvernichtungsmitteln zurückzuschlagen. Diese defensive first use option der Bundesregierung für Massenvernichtungsmittel verletzt in der Tat zwangsläufig die von den Kirchen bekräftigten zentralen ethischen Grundsätze internationaler Politik in folgenden Punkten:

a. Der Schritt vom Einsatz konventioneller Waffen zum Ersteinsatz nuklearer Waffen ist kein gleitender, rüstungstechnischer Übergang, sondern ein Sprung auf die Ebene der Massenvernichtung. Er markiert eine dimensionale, nicht nur eine quantitative Veränderung des sicherheitsstrategischen Status quo vom Boden der Bundesrepublik aus.

b. Schon der Einsatz einer einzigen dieser Massenvernichtungswaffen kann unausweichlich einen innereuropäischen und womöglich weltweiten atomaren Völkermord zur Folge haben.

c. Das Versagen technischer Warnsysteme beim Abschuß des koreanischen Zivilflugzeugs im September 1983, das Scheitern vergleichsweise einfacher Militärlogistik beim Hubschraubereinsatz der USA zwecks Geiselbefreiung im Iran - ich nenne einmal nur diese spektakulär publizierten Fälle - haben gezeigt, wie unzuverlässig die vorhandenen Kontrollsysteme selbst des höchsten technischen Entwicklungsgrades auf Seiten beider Supermächte sind.

d. Ein System militärischer Sicherheit, dessen Funktionieren auf der ausdrücklichen Bereitschaft beruht, die Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten oder das Verbot giftiger Kampfstoffe zu mißachten, verletzt den Geist des Völkerrechts.

e. Die "Air-Land-Battle"-Doktrin, das "Air-Land-Battle-2000"-Konzept der US-Streitkräfte sowie die neue Dienstvorschrift des US-Heeres "Field manual 100-5" würden die Bundeswehr, sollte die NATO diese Offensiv-Taktiken übernehmen, in größere grenzüberschreitende Operationen von Bodenstreitkräften auf östlichem Territorium verstricken. Für Schläge in die Tie-

fe des Raumes der Staaten des Warschauer Paktes würde eine Kombination von nuklearen und konventionellen Fernwaffensystemen zum Zuge kommen, die es der gegnerischen Seite unmöglich machen, in der Vorwarnphase einen konventionellen von einem nuklearen Schlag zu unterscheiden. Schließlich würden die taktischen Nuklearwaffen des westlichen Bündnisses nicht mehr letzte Defensivmittel zur Abwehr eines östlichen Angriffs sein. Ihre Funktion als politisches Abschreckungsmittel würde suspendiert sein, je widerspruchsloser die Bundesregierung die Hegemoniefunktion der neuen US-Strategie zu akzeptieren bereit ist.

Eine symbolische Protestaktion gegen eine solche Militärstrategie kann erst dann angemessen beurteilt werden, wenn dieser Kontext mitberücksichtigt wird. Wie die beigefügten Anlagepapiere Herrn Lindemanns beweisen, war die Blockade ja keine "sprachlose", unverständliche Protestaktion, sondern nur eine unter vielen öffentlichen Bekundungen der Friedenssorge Herrn Lindemanns, zu der er als ordinierter Pastor der ev. Kirche, d.h. gebunden an die biblische Norm, verpflichtet ist.

Zu (C):
Die Kritik Herrn Lindemanns an der offiziellen Militärdoktrin der NATO steht nicht zuletzt in voller Übereinstimmung mit den biblischen Normen für das christliche Handeln.

Die Bundeswehr geht ja - wie die Bundesregierung - bei der Rechtfertigung ihrer Militärstrategie davon aus, daß das "Ja zur Friedens- und Sicherheitspolitik des Bündnisses der rechtsstaatlichen Demokratie einem Postulat christlicher Ethik entspricht: Der Sorge für den Nächsten, der Vorsorge für die Zukunft, der Verpflichtung für die Menschenwürde und Frieden"(Alois Mertens in Sonde 3.83, S. 45) Zur Rechtfertigung bewaffneter Verteidigung "für den Nächsten", und noch dazu mit dem Risiko der Vernichtung des Anderen, findet sich aber im NT-Evangelium kein Wort. Im Gegenteil. Wer nur die Seinen schützt, handelt nicht anders als die Zöllner und Heiden, erklärt die Bergpredigt (Mt 5,47 f.).

DIE NEUE VERANTWORTUNG

Das entscheidend Neue, das Jesus brachte, das unterscheidend Christliche ist doch gerade, daß Christen verantwortlich sind auch für das Leben ihrer Feinde! Feindesliebe, Tötungsverbot und strikter Gewaltverzicht sind die einzige Maxime, die der Jesus des Neuen Testaments kennt:"Alle die zum Schwert greifen, werden durchs Schwert umkommen." Es ist obendrein ein Erfahrungssatz, den Jesus hier zu Petrus spricht (Matthäus 26), keine Forderung idealer Moral: Wer einem anderen Gewalt antut, und sei es als ultima ratio der Selbsterhaltung, wird in Kettenreaktion nur neue Gewalt auslösen.

Wichtiger aber als diese Verweigerungsforderung ist die zweite, die konstruktive Seite des Friedensevangeliums. Glückselig nennt die Bergpredigt diejenigen, "die Frieden *schaffen*". Nur sie, die den Gewaltzirkel durchbrechen, "werden Gottes Kinder heißen". Frieden von sich aus schaffen, das stellte die frühchristlichen Gemeinden - kleine Minderheiten innerhalb der antiken Sklavengesellschaft - vor die Frage: Wie läßt sich die andere, die stärkere Seite dafür gewinnen, von ihrer Gewaltneigung abzulassen?

Quintessenz der Bibel-Analyse: Der Gewalt eines anderen läßt sich wirksam, also mit der Aussicht auf dessen Lernfähigkeit, nach der Logik Jesu nur in gewaltloser Opposition begegnen. Nur wenn dem Gegner keine Vernichtung droht, nur wenn er spürt, auch sein Überleben ist gemeint, nur dann besteht Aussicht, auch ihn aus dem Zwang seiner zerstörerischen Reaktionsmechanismen zu befreien. Die andere Backe hinhalten, den Mantel auch noch weggeben, das Zurückschlagen verweigern, ist das nicht die subtilste Form masochistischer Unterwerfung? Im Gegenteil, sagt die zeitgenössische Bibel-Exegese. Es ist der Versuch intensiver Kommunikation mit dem Opponenten, um ihn zu gewinnen, statt ihn zu beseitigen.

Eine völlig umstandslose Übertragung dieser Non-violence-Strategie auf die internationale Konfliktebene wäre naiv. Andererseits gilt die biblische Grundforderung gewaltfreier Kommunikation nicht nur für private Ich-Du-Beziehungen, sondern auch für die Völkergemeinschaft. Das fordert eine Politik, die auch für das Menschenleben des Gegners verantwortlich ist. Eine alte hochherzige Forderung des Christentums, deren politische Rationalität aber erst heute zutage zu treten scheint. Denn vom Überleben zu sprechen, ohne auch das Überleben der anderen zu meinen, hat sich nach Hiroshima nicht nur moralisch disqualifiziert. Militärstrategien, die auf größtmögliche Vernichtung von Menschen zielen, sind auch überlebenstechnisch zum Widerspruch in sich selbst geworden. Wenn jene, die mit militärischen Mitteln ge-

schützt werden sollen, dadurch am sichersten umkommen, dann ist also schon nach dem Prinzip der Kosten-Nutzen-Rechnung - noch gar nicht moralisch - eine alternative, eine weniger irrationale Sicherheitspolitik ratsam. Die Anwendung der von Herrn Lindemann dagegengesetzten gewaltlosen, sozialen, ja auch schon defensiven Verteidigungsformen birgt enorme Risiken. Doch mir scheint, daß die Risiken einer nuklear-militärischen Verteidigung weitaus größer sind.

Ein Vorwurf gegen diese Position ist die These, "präventives Wohlverhalten gegenüber totalitärer Bedrohung" führe zur politischen Unterwerfung, sei schon "prophylaktische Kapitulation zwecks Friedenserhaltung"(Alois Mertes). Damit aber unterstellt man dem anderen das größtmögliche Mißverständnis, verzerrt dessen Position zur Karikatur.

Auch Herr Lindemann plädiert gerade nicht für Wehrlosigkeit oder Blindheit gegenüber dem Bösen, sondern ganz im Gegenteil für die Rückkehr zu politischem statt militärischem Handeln. Das heißt, das Menschenmögliche zwischen den Völkern auszuhandeln statt das rüstungstechnisch Machbare durchzusetzen. Dementsprechend versteht er das "Frieden schaffen" in der Bergpredigt als Impuls für eine konstruktive Friedenspolitik.
Und das heißt:

- eine Politik zu treiben, die auch für das Leben des anderen, ja, sogar des Feindes verantwortlich ist;
- das Böse gerade nicht mit Bösem zu vergelten oder in Schach zu halten;
- auszugehen von den Sicherheitsinteressen und geschichtlichen Leidenserfahrungen des politischen Feindes;
- die rationale, das heißt politische Reaktionsfähigkeit des Gegners zu erhalten;
- auf jede Drohpolitik zu verzichten;
- darauf verzichten, das andere System als von Natur aus böse, aggressiv und friedensunfähig hinzustellen;
- durch das eigene politische Verhalten dem Gegner gegenüber die eigene Friedensfähigkeit unter Beweis zu stellen, nicht rhetorisch nur.

ZWEIMAL "IM NAMEN DES VOLKES"

Urteil des Amtsgerichts Münster
(Az 37 Cs 46 Js 215/83 Ak 628/84)
in der Strafsache gegen den Theologiestudenten B.J.K. aus Bielefeld
wegen Nötigung
hat das Amtsgericht Münster in der Sitzung vom 14. März 1985
...
für Recht erkannt:
Der Angeklagte wird wegen gemeinschaftlicher Nötigung zu einer Geldstrafe von 10 Tagessätzen zu je 10,- verurteilt.
Der Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens und die ihm erwachsenen notwendigen Auslagen.
Angewendete Vorschriften:
§§ 240, 25 II StGB

Gründe:
Am 17.10.1983 versperrte der Angeklagte gemeinsam mit zahlreichen Mittätern die Zufahrten zu dem Dienstgebäude des I. Korps der Bundeswehr am Hindenburgplatz in Münster durch sogenannte Sitzblockaden, so daß Ein- oder Ausfahrten zum oder vom Bundeswehrgelände nur möglich waren, nachdem Polizeibeamte den Angeklagten und andere vor den zur Durchfahrt bereiten Fahrzeugen weggetragen hatten. Im einzelnen blockierte der Angeklagte in der bezeichneten Weise gegen 17.08 Uhr die Fahrzeuge Y - ... (insgesamt 6) der Bundeswehr.

Urteil des Amtsgerichts Münster
(Az 11 LS 46 JS 64/85 Ak 108/85)
in der Strafsache gegen
1) den Pastor Werner A. Lindemann aus Münster
2) die Lehrerin ... etc. ...
wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten
hat das Schöffengericht in Münster in der Sitzung vom 17. Dezember 1985
...
für Recht erkannt:
Die Angeklagten werden freigesprochen.

Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen der Angeklagten werden der Landeskasse auferlegt.

Den Angeklagten ist vorgeworfen worden ... öffentlich und durch Verbreiten von Schriften zu einer rechtswidrigen Tat aufgefordert zu haben, Vergehen ... (u.a.) gegen §§ 240 und 25 II StGB.

Gründe (Auszüge):
Die von den Angeklagten mitinitiierten Aktionen vor dem I. Korps der Bundeswehr in Münster am 17. und 18. Oktober 1983 ... sind im wesentlichen wie folgt abgelaufen:
Bei Erscheinen eines Kraftfahrzeuges auf einer der Zufahrtstraßen zum I. Korps waren die auf der Fahrbahn sitzenden Akteure von der anwesenden Polizei dreimal vergeblich aufgefordert worden, die Fahrbahn zu räumen. Anschließend waren sie durch jeweils zwei Polizeibeamte einige Meter weit zur Seite getragen und zur Personalienfeststellung abgeführt worden. Der Aufent-

halt der behinderten Kraftfahrzeugführer hatte insgesamt jeweils etwa 10 Minuten betragen ... Widerstandshandlungen waren nicht geleistet worden ...

Die getroffenen Feststellungen beruhen auf der insoweit geständigen Einlassung des Angeklagten, den verlesenen Vorstrafenerkenntnissen und dem übrigen Ergebnis der Beweisaufnahme. Nach getroffenen Feststellungen hat sich der Angeklagte der gemeinschaftlichen Nötigung schuldig gemacht (§§ 240, 25 II StGB).

Diese Feststellungen beruhen auf der Einlassung der Angeklagten sowie auf der Verlesung eines der in Rede stehenden Flugblätter ... Sie seien ... heute noch der Überzeugung, daß angesichts der geradezu unvorstellbaren Bedrohlichkeit der von ihnen angeprangerten Rüstungs-"Politik" eine auch aufsehenerregende Warnung wie z.B. mit den Aktionen vom 17. und 18. Oktober 1983 beabsichtigt, sittlich nicht nur gerechtfertigt, sondern geradezu notwendig sei und unter keinen Umständen als "verwerflich" bezeichnet werden könne.

Soweit der Angeklagte u.a. vorgetragen hat, er habe durch diese Aktion auf die Gefahr der atomaren Rüstung, hier insbesondere die Aufstellung von Pershing-II-Waffen auf deutschem Boden aufmerksam machen wollen, ändert dies an der Beurteilung nichts.

Das Gericht folgt dieser Auffassung für den vorliegenden Fall.

Eine Sitzblockade, bei der die Teilnehmer sich nicht auf Aufforderung, sondern erst nach Anwendung physischer Kraft durch die Polizei (Aufheben und Forttragen) von der Fahrbahn oder der Zufahrt zu einem Gelände entfernen lassen, ist G e w a l t im Sinne des Straftatbestandes der Nötigung (§ 240 StGB). Unmittelbare Folge dieser Gewalt ist, daß ein anderer oder mehrere zu einer Unterlassung genötigt werden. Benutzer der Zufahrt des Geländes sind nämlich körperlich gehindert, die Fläche zu benutzen, um entweder in das Gelände einzufahren oder es zu verlassen. Ihnen wird damit die Freiheit der Willensbetätigung genommen.

Angesichts der bevorstehenden politischen Entscheidung, amerikanische Pershing-II- und Cruise-Missile-Raketen, die als Trägerwaffen für Nuklearsprengköpfe geeignet sind, auch in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, hatte sich die münsterische Friedensbewegung entschlossen, u.a. eine "gewaltfreie Blockade" des I. Korps der Bundeswehr in Münster, einer überregionalen Nato-Kommando-Zentrale, durchzuführen, um damit auf die objektive Bedrohlichkeit weiteren Hochrüstens aufsehenerregend aufmerksam zu machen ... Dies sollte dadurch geschehen, daß man sich "friedlich" unter Mitführen entsprechender Transparente,

Plakate und eines Kruzifixes auf die Fahrbahnen setzte ...

Die Anwendung von Gewalt zur Erreichung des Zwecks, die Fahrzeuge am Weiterfahren zu hindern, indiziert die Verwerflichkeit der Nötigungshandlung. Es sind keine rechtlichen Bestimmungen vorhanden, die ein derartiges Tun erlauben würden. Art. 5 des Grundgesetzes schützt die Meinungsfreiheit und im Rahmen derer lediglich die geistige Auseinandersetzung. Artikel 8 des GG schützt die Versammlungsfreiheit als Mittel der Meinungsbildung und der Meinungskundgabe. Die Versammlung selbst muß jedoch friedlich sein; den friedlichen Charakter hat diese Aktion aber schon dadurch verloren, daß sie gezielt auf die Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit anderer ausgerichtet war.

Die Teilnehmer an dieser Aktion waren - wie auch der Angeklagte - davon überzeugt, daß angesichts des objektiven Gewichts der als lebensverachtend eingeschätzten Hochrüstung die geplante "friedliche" Behinderung einiger weniger Kraftfahrzeuge sittlich wohl kaum mißbilligt werden könne ...
Angesichts des von den Betroffenen verfolgten Zieles ... stehen die durch die "gewaltfreien" Sitzblockaden verursachten Beeinträchtigungen Dritter nicht in solchem Maße zueinander außer Verhältnis, daß das Tun der Betroffenen im Sinne von § 240 Absatz 2 StGB als verwerflich anzusehen ist.

Heinrich Olsen

AUS VERANTWORTUNG FÜR GOTTES SCHÖPFUNG

Schreiber dieses Artikels: Heinrich Olsen, 27 Jahre, lebt seit 2 Jahren zusammen mit anderen in der Pressehütte Mutlangen, 800 m vor dem Pershing-Depot

Ich bin nun seit dem 9. Dezember '83 in Mutlangen, um zu leben gegen die Vorbereitung des atomaren Holocausts, um in Ansätzen Widerstand zu leisten gegen ein "Verbrechen gegen die Menschheit"(Weltkirchenrat, Vancouver 1983).

Für mich bedeutet das, mit dem Mittel der gewaltfreien Aktion das Unrecht in aller Öffentlichkeit zu dramatisieren, den Konflikt zu suchen mit der Macht, die die Aufrüstung hervorbringt und schützen läßt durch Polizei und Justiz. Nur bei starkem Druck von unten beginnen

vielleicht die Politiker, sich für einen wahren Frieden einzusetzen. Bei massenhaftem zivilem Ungehorsam muß sich die Regierung entscheiden, entweder immer größere Teile des Volkes einzusperren oder abzurüsten.

Die Auseinandersetzung mit den Mitteln der gewaltfreien Aktion steht nicht im Gegensatz zu anderen Formen politischer Arbeit, sehe sie aber als eine radikale Form. Von ihrem Standpunkt aus werden die Politiker wohl nur solche Mittel erlauben, die für sie keine ernstzunehmende Gefahr darstellen, also nur solche Mittel, die politisch keine oder eine zu vernachlässigende Wirkung zeigen. Das fordert uns zum Widerspruch heraus. Aus Verantwortung für Gottes Schöpfung setze ich mich mit meinem schwachen Körper vor die Massenvernichtungswaffen und ihre Versorgungsfahrzeuge, um die Vorbereitung der Massenvernichtung - einige nennen es noch Krieg - zu behindern. Immer wieder kommt das Argument, Blockieren sei ungesetzlich. Doch was ist legal? Deutlicher als der amerikanische katholische Priester Daniel Berrigan kann man das Verhängnis unserer Tage nicht beschreiben: "Es ist legal. Es ist legal, aufzurüsten. Es ist legal, den drohenden Untergang heraufzubeschwören. Es ist legal zu morden durch Verweigerung der Hilfe an die Armen. Und wenn diese Welt durch ein atomares Inferno zerstört werden sollte, so war es legal."

Wenn man daran denkt, wieviele Christen verfolgt oder getötet worden sind, weil sie in der Nachfolge Jesu gewisse Gebote und Gesetze übertreten haben, muß man sich wundern, daß sich Christen immer noch darüber streiten, ob sie in ihrem Eintreten für das Leben Gesetze übertreten dürfen. Mir geht es weniger um Legalität oder Illegalität, als um den Versuch des Gehorsams gegen den Herrn des Lebens, wie ich ein Beispiel seiner Liebe zu dieser Welt geben kann, wie ich die Gabe des Lebens verteidigen kann. Eine gewaltfreie Aktion, eine Aktion des zivilen Ungehorsams (besser des Gehorsams gegen Gott) will Ausdruck geben vom Willen Gottes, wo Worte nicht ausreichen oder zuviel sind. Es geht nicht an, daß die Friedensbewegung und die Bewegung der Aufrüstung parallel nebeneinander hergehen, ohne in Konflikt miteinander zu geraten.

Wenn ich vor den amerikanischen Fahrzeugen sitze, dann nicht mit Haß gegen die Fahrer. Sie sind unsere Schwestern und Brüder, aber ich möchte aufzeigen: Halte einen Moment Dein Fahrzeug an, halte einen Moment inne, denke noch einmal über Dein Tun nach! Mir ist klar, in welchen

Schwierigkeiten zum Teil die Soldaten stecken, aber andererseits kann nur aus einem wachen Gewissen die Kraft zur Umkehr erwachsen, wobei wir den Soldaten jede uns mögliche Hilfe anbieten.

Wie läuft eine gewaltfreie Blockade ab? Die ersten Aktionen im Herbst 83 waren aufgrund der ständig anrollenden Raketenteile sehr spontan. Seit über einem Jahr aber stehen die meisten der gewaltfreien Sitzblockaden in einem Gesamtzusammenhang, der durch die "Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" geschaffen wurde. (Informationen darüber bei mir oder bei: Friedensbüro Tübingen, Neckarhalde 8, 7400 Tübingen, Tel. 07071/24807, 16 - 19 Uhr). Meistens bereiten sich 10 bis 20 Menschen in einem Treffen auf die Blockade vor. Besprochen wird, wie der äußere Rahmen der Aktion gestaltet werden soll, was blockiert wird usw. Bei einigen Gruppen findet vorher auch noch ein Training in gewaltfreier Aktion statt, was zu empfehlen ist. Während der Aktion sitzen die Blockierer dann auf der Straße, die Unterstützer stehen am Straßenrand, verteilen Flugblätter und sprechen mit Passanten, Polizisten und Soldaten. Wenn die Polizei kommt, fordert sie die Demonstranten dreimal auf, die Straße freizumachen, um - wie es wörtlich im Strafbefehl steht - den amerikanischen Fahrern mit ihren Fahrzeugen die Weiterfahrt zu ermöglichen. Unverschleiert heißt das: Um der Todesmaschinerie das reibungslose Funktionieren zu ermöglichen. Es wird angekündigt, daß bei Nichtbefolgen der dritten Aufforderung die Blockierer festgenommen werden und mit einer Anzeige wegen Nötigung § 240 (StGB) zu rechnen haben. Die Blockierer werden dann von der Polizei von der Straße geführt oder getragen (daß sie geprügelt werden, ist auch schon vorgekommen), zusammen mit dem festnehmenden Beamten fotografiert und anschließend zwecks der Feststellung der Personalien in das etwa 5 km entfernte Polizeirevier Schwäbisch Gmünd gebracht, dort je nach Anzahl der Menschen eine bis vier Stunden später wieder freigelassen. Zwischen vier Wochen und ca. drei Monaten später kommt dann der Strafbefehl ins Haus. Fast alle legen Widerspruch ein, sodaß es dann zu einer Verhandlung vor dem Amtsgericht Schwäbisch Gmünd kommt, wo der/die Blockierer/in die Möglichkeit hat, ausführlich über seine/ihre Motivation zu sprechen. Dann wird er/sie verurteilt zu "20 Tagessätzen ...", deren Höhe sich nach dem Einkommen richtet. Der Instanzenweg endet beim Oberlandesgericht, spätestens dann wird das Urteil rechtskräftig. Bezahlen, Pfänden oder Haftstrafe von 20 Tagen ersatzweise sind dann die Alternativen. Bei weiteren Blockaden steigert

sich die Anzahl der Tagessätze. Bei mir sind es im Moment 150 Tagessätze. Bei der ersten Blockade hatte ich schon ein wenig Angst, mittlerweile wird auch das zur traurigen Routine. Warum muß ich soweit gehen mit meinem Eintreten für das Leben, warum ist das nötig? Was mich immer wieder erschüttert ist die Gleichgültigkeit der Polizisten und Soldaten. Sicher gibt es auch da Ausnahmen, einige haben sogar ihren Beruf aufgegeben; aber im großen und ganzen läuft alles wie eine Maschine ab. Oft haben sie nur das Argument:"Die Politiker in Bonn sind verantwortlich, ich mache nur meinen Job." Solches Verhalten führte schon einmal in Chaos, Tod und Vernichtung. Sich beherrschen lassen, gehorsam sein, die Verantwortung für das eigene Handeln abgeben, das sind Voraussetzungen für Herrschaft, die in ihren Zielen nicht mehr hinterfragt wird. "Hört doch auf euer Gewissen nicht nur am Feierabend!" ist mein Appell.

Für das Leben, das Überleben will ich eintreten und werde doch verurteilt. Den Richtern sind die Verhandlungen Routine geworden, einige Hundert haben bereits stattgefunden. Jeder Prozeß ist eine Art Unterricht in Staatsbürgerkunde. Die Aussagen der angeklagten Blockierer/innen, eine besser als die andere in ihrer Klarheit und Aussagekraft, verhallen scheinbar ungehört im Gerichtssaal. Immer wieder die gleichen stereotypen Antworten der Richter:"Ihre Motive sind ja höchst ehrenwert, im Grunde stimmen wir ja auch mit ihnen überein, so ganz liebt wohl niemand die Raketen in Mutlangen. Es ist auch gut, daß sie sich für den Frieden einsetzen. Sie haben in unserem Land freie Meinungsäußerung und das freie Demonstrationsrecht. Dies berechtigt sie aber nicht, die Grenzen zu überschreiten und das Gesetz zu verletzen, was eine Gefährdung für den inneren Frieden ist. Wir haben hier keine Meinung zu zensieren, sondern alleine zu berücksichtigen, daß sie sich strafbar gemacht haben." Die Richter wollen auch keine Gutachter hören, dies täte nichts zur Sache, sagen sie. Bei Operationsfehlern der Chirurgen ist es in den darauf folgenden Prozessen jedoch gang und gäbe, Gutachter zu hören und danach eine Entscheidung zu treffen.

Vielleicht noch eine Anmerkung zum Gefängnis. Wohl niemand wird sagen, er habe nicht auch Angst davor. Doch gilt es hier, sie auszuhalten. Kraft in Bezug auf die Konsequenzen meines Handelns bekomme ich, wenn ich an die Menschen im letzten Weltkrieg oder heute in Ländern wie Südafrika, Nicaragua, der Dritten Welt usw. denke. Dadurch relativiert sich einiges in meinem Leben, ich

nehme mich nicht mehr so wichtig. Der Gang in das Gefängnis ist keine Taktik, auch kein Spiel. Aber ich bin sicher, gerade durch das bewußte Tragen der Konsequenzen zu wirken und zur Veränderung beizutragen. Das Tragen dieser Konsequenzen kann heute heißen, ganz neu die Bedeutung des Kreuzes Christi zu erfahren, kann heißen, Schuld zu sühnen, die eigentlich den Rüstungspolitikern zukäme. Im übrigen denke ich, dürfen wir uns nicht zu stark vom Erfolg abhängig machen. Unser Handeln sollte unserem Gewissen der Schöpfung und allen Menschen überhaupt folgen und nicht nur taktischen Gründen. Dann würden sich viel mehr Menschen am gewaltfreien Widerstand (Gottesdienst) beteiligen. In diesem Sinne euch allen den Schalom Gottes.

BUNDESNACHRICHTEN

"Christen mit sozialistischer Option".

Eine Begegnung zwischen Religiösen Sozialisten und Christen für den Sozialismus findet vom

18. bis 20. April 1986

in Köln statt. Die Tagung dient dem persönlichen Kennenlernen der Mitglieder beider Gruppierungen, dem gegenseitigen Austauschen politischer Standpunkte, den theoretisch-historisch-theologischen Begründungen jeweiliger Eigenart der Bewegungen, der Suche nach gemeinsamen Arbeitsschwerpunkten in Kirche und Gesellschaft, dem Entwickeln konkreter Utopien. Es wird ein erstes gegenseitiges Beschnüffeln sein, insofern sollten wir uns nicht dem Leistungsdruck aussetzen, christlich/religiös-sozialistische Strategien bis ins Detail hinein zu entwikkeln. Mit Ernst Bloch wollen wir fragen: Wer sind wir? Wo kommen wir her? Wohin gehen wir? Was erwarten wir? Was erwartet uns? Wenn wir in den gemeinsamen Fragen ein wenig Nähe verspüren, dann haben wir schon viel erreicht.

Meldet Euch zahlreich an bei
Eberhard Doubrawa
Die Bildungswerkstatt
Postfach 420101
5000 Köln 41 (Tel. 0221/410693)

Das Seminar findet statt in der ESG, Bachemer Str. 27, 5000 Köln 41. Vom Neumarkt aus mit dem Bus 146 (Halte-

stelle Hildegardiskrankenhaus) erreichbar. Beginn am Freitagabend um 19.30 Uhr. Ende Sonntagmittag. Übernachtung in Privatunterkünften (bitte Schlafsack mitbringen).

"Genossenschaften - ein Weg zum Sozialismus?"

Die Region Nordrhein-Westfalen des Bundes der Religiösen Sozialisten lädt (natürlich auch Nicht-Nordrheiner und Nicht-Westfalen!) zu ihrer dritten Jahrestagung in Haus Neuland bei Bielefeld (Anmeldung: Postfach 110 434, 4800 Bielefeld 11, Tel.: 05205/3383, 3355, 4094, 4095) ein. Referenten sind u.a. Prof. Dieter Otten, Mattias Redder und Marlis Cavallaro. Die Tagung beginnt am Sonnabend

26.4.1986 ab 15.00 Uhr und endet am
27.4.1986 nach dem Mittagessen.

"Theologie der Befreiung - konkret für Europa"

An diesem Thema will die nächste Jahrestagung des Bundes der Religiösen Sozialisten (mit Mitgliederversammlung) weiterarbeiten. Der in CuS 4/85 (S. 28) angekündigte Zeitpunkt und Ort ist hinfällig. Die Jahrestagung findet statt vom

31.10. bis 2.11.1986 in
Haus Neuland bei Bielefeld (Anschrift s.o.)

BUCHBESPRECHUNGEN

Luise und Willy Schottroff: Die Parteilichkeit Gottes. Biblische Orientierungen auf der Suche nach Frieden und Gerechtigkeit. Kaiser Traktate 80, München 1984. 111 Seiten.

"Wir sind beteiligt am Bündnis mit der Ungerechtigkeit und bekennen unsere Sünden.
Wir sind wütend und stellen uns auf den Marktplatz und predigen das Gericht Gottes.
Wir sind glücklich, wir dürfen uns an unserem Leben freuen, weil es die Möglichkeit gibt, sanftmütig zu sein - oder wenigstens es zu versuchen."(77)
"Es gibt keine überzeitliche Offenbarung, mit der man menschenverachtende Vernichtungs- und Ausrottungskriege rechtfertigen könnte ..."(81)

Das sind Sätze aus dem vorliegenden Büchlein. Ich gestehe, daß ich kaum je eine biblisch-exegetische Studie gelesen habe, die so unter die Haut geht wie die Texte der beiden Schottroffs. Luise Schottroff, Prof. für NT in Mainz, steuert vier Auslegungen bei (1. Jona, 2. Verlorener Sohn, 3. Der Geist Gottes verändert die Leiber, 4. "Die Stadt ist zur Hure geworden", Jes. 1,10-21). W. Schottroff, ihr Mann, Prof. für AT in Frankfurt, gibt eine ausführliche Exegese zu Jes. 2,2-5/Micha 4, 1-5:"Die Friedensfeier. Das Prophetenwort von der Umwandlung von Schwertern zu Pflugscharen".

Die Auslegung ist der sozialgeschichtlichen Methode verpflichtet. Die Exegeten interessiert nicht so sehr die "zeitlose Wahrheit" eines Bibeltextes, sondern es geht darum, den politischen, sozialen und gesellschaftlichen Kontext aufzuhellen, in dem die biblische Äußerung verankert ist.

Jona ist der Gottesbote wider Willen. Jona, das sind auch wir! Ninive, das ist Moskau und Washington und Bonn: das ist Überrüstung, Ausbeutung, Menschenverachtung und Folterung; das ist auch Angst, Dummheit und Antikommunismus. "Auf, gehe nach Ninive!" - das heißt heute wie damals: Gericht und Umkehr predigen, aber auch diejenigen gewinnen zu wollen, die meinen, ohne Atomwaffen könnten sie nicht leben". Und das heißt auch: Freude über jedes "Gotteskind", das der "Weltmachtattitude" abschwört.

W. Schottroff würdigt zunächst das AT als Dokument eines jahrhundertelangen schwierigen Lernprozesses, der Israel vom "heiligen Krieg" zum "heiligen Frieden" führte. Insbesondere die Rolle der großen Propheten (und unter ihnen wieder bes. Jesaja) werden in ihrer Bedeutung für den Vorstellungswandel herausgestellt. Am Anfang stand die Idee des "Jahwekrieges". (Jahwe ist ein großer "Kriegsmann", Ex. 15,3, ein "Kriegsheld", Ps. 24,8). Sauls "Heerkönigtum" ist die Vorstufe für Davids Großreichspolitik und Salomos Friedensreich, das auf Gewalt beruhte. Es bedurfte des wechselvollen Geschicks der getrennten Reiche (Israel und Juda) und ihres schließlichen Untergangs (722 bzw. 585) und des Exils, um in Israel den Gedanken einer "universalen Friedensfeier" (Völkerwallfahrt zum Zion und Leben in Gerechtigkeit und Bescheidenheit - fern von Hunger und Not) aufkommen zu lassen. So wird Israel zum Lehrbeispiel für alle Völker und zum Formulator der Friedenssehnsucht und Friedensverheißung für alle Menschen dieser Erde. (Heinz Röhr)

Jim Wallis: Wiederbelebung - meine Pilgerreise. Moers 1984.

Es lohnt sich (ausnahmsweise), sich mit einem amerikanischen Evangelikalen auseinanderzusetzen. Nach dem Vorwort des Übersetzers, Andreas Ebert, Pfarrer an St. Lorentz in Nürnberg, haben deutsche Kommunitaten Jim Wallis gemeinsam gründlich studiert. Ebert sieht Wallis als einen Menschen, "der auf eine bei uns so bisher nicht bekannte Weise die Einäugigkeit vieler Christen überwunden hat." Ist das wirklich so? Wallis' Analysen der Großmachtpolitik der USA in der Aufrüstung und im sozialen Bereich sind bestechend. Die Lebensweise der meisten Glieder evangelikaler Gemeinden wird von ihm ebenfalls scharf angegriffen, manchmal auch karikiert. Er ist einer, der es gewagt hat, anders zu leben, und zwar in einer Kommunität, die sich um die Armen in Washington D.C. kümmert. Außerdem leitet er Menschen in allen Teilen der USA an, die ihre sicheren Lebensverhältnisse verlassen, um neue Kommunitäten zu gründen. Er hilft ihnen überzeugend, mit den Anfangsschwierigkeiten des Zusammenlebens ein bißchen besser fertig zu werden.

Wie steht es aber mit Wallis' politischem Engagement? Mir scheint, daß die Entfernung von seinen früheren Aktivitäten in der Studentenbewegung doch reichlich groß ist. Oder hat er hier sogar einen bewußten Schritt weg von allem Politischen vollzogen?
Sein Ziel ist eine Wiederbelebung der christlichen Gemeinden. Sprachlich knüpft er damit an die früheren Erweckungsbewegungen an (Originaltitel: Revive us again). In seinem letzten Kapitel ("Erweckung") führt er aus, daß eine Verkündigung nötig ist, die das Evangelium in unsere geschichtliche Lage stellt, die biblisch und evangelistisch ausgerichtet ist und vor allem zur Umkehr ruft. Es sei an der Zeit, daß die Predigt des Evangeliums wieder zu öffentlichen Kontroversen führt. Durch diese Verkündigung sollen die Menschen von den herrschenden Mythen, Illusionen und vom Lebensstil unserer Zeit weggerufen werden. Seine damit verbundene Hoffnung:"Solche Predigt könnte zu neuer öffentlicher Aktivität für die Armen und für den Frieden führen."

Ich kann ihm hier nicht ganz folgen und meine, wir sollten eher mit den Leuten anfangen, die in der Nachfolge Jesu bereits den ersten Schritt getan haben und ihnen helfen, sich als Christen in der Praxis zu bewähren. Prediger des Evangeliums, zum Teil hervorragende, haben wir vielleicht schon zu viele? Wie sehen das die Leser von CuS? (Werner Steppuhn)

Kurt Marti: geduld und revolte, die gedichte am rand, Radius-Verlag Stuttgart 1984, 97 Seiten.

In Heft II/83 habe ich an dieser Stelle die "Gottesbefragung" von Kurt Marti besprochen. Heute gilt es, seine Gedichtsammlung "geduld und revolte" anzuzeigen. Kurt Marti, Schweizer Pfarrer (nunmehr im Ruhestand), vielbeachteter Schriftsteller und Dichter (hoffentlich nie im Ruhestand), Apostel einer "erotischen Friedenskultur", steht uns in seinem Leben und Wirken sehr nahe. Und er vermag die zentralen christlichen Überlieferungsstücke ohne viel Sprachaufwand unheimlich zeitnah und zu Herzen gehend auszudrücken.

Die "gedichte am rand" des NT - sie buchstabieren die neutestamentliche Botschaft aufregend neu - sind bereits 1963 zum erstenmal erschienen und viele Stücke sind einer breiten Leserschaft längst ans Herz gewachsen. (Nur einige sind neu.) Ich nenne nur das schlichte (weihnacht" (damals/ als gott im schrei der geburt/ die gottesbilder zerschlug/ ...") oder die herzzerreißende "kreuzigung" ("zimmerer/ zimmern/ die balken -/ und dann/ den zimmerer/ an die balken ...") oder das abgründige "das leere grab" ("ein grab greift/ tiefer/ als die gräber/ gruben ...").

Ich finde viel Frauliches, wenn nicht Feministisches: "prophetin/ einer magdalenischen zeit" oder "auch das noch -/ mit crême de beauté/ von einem emphatischen/ mädchen gesalbt/ ..." oder "zum zweiten male/ erschuf/ gott göttin/ den tag" (aus: "die frauen am ostermorgen") oder das wunderbare "osterlicht" ("heller"/ leutet/ aus gott/ der in frauen/ für frieden/ jetzt aufsteht:/ DIE FRAU!).

Auch Utopisches ist anzutreffen: "komm mit: wir ziehen/ und bauen auf zion christopolis ..." oder "die träume" ("hans arp:/ unseren täglichen traum/ gib/ uns heute"). Natürlich ist Sozialkritisches stark vertreten: "in jesu wanderkommune"; "selig/ ihr armen/ reich/ durch das/ reich"; "die besitzer/ die das land besitzen ...". Und es gibt Wortspiele ("ostern - o stern") und die meisterhaften "paradiescollagen". Ich bekenne, Jesus ist mir nirgends näher als in Kurt Martis Gedichten. Versucht es einmal mit "geduld und revolte"!

(Heinz Röhr)

BARTH UND TILLICH - ZWEI "JUBILARE"

Im Jahre 1986 gedenken wir des 100. Geburtstags zweier Theologen, die beide in unterschiedlicher Weise einen unschätzbaren Beitrag für eine neue weltumspannende und aktuelle Theologie - jenseits überholter konfessioneller Fragestellungen - geleistet haben.

Mindestens zweierlei haben diese unterschiedlichen Gestalten miteinander gemeinsam. Zum einen: sie haben ihre Tätigkeit mit einem deutlichen Engagement für einen "religiösen Sozialismus" begonnen. Zum andern: sie mußten nach Ausbruch der braunen Pest Deutschland verlassen, nach der heimatlichen Schweiz der eine (Karl Barth), nach den fernen USA der andere (Paul Tillich).

Da zu befürchten steht, daß diese beiden Gesichtspunkte im bundesdeutschen Jahr 1986 unter lauter Jubiläumsgeschwätz untergehen werden (sogar der tote Niemöller war für manche, die ihn bis dahin bekämpft hatten, auf einmal ein guter Niemöller!), wollen wir sie hier gebührend hervorheben.

Zum sozialistischen Engagement: Barth und Tillich hielten beide nichts von der heute vielgepriesenen, ja von kirchlichen Amtsträgern geradezu geforderten "Ausgewogenheit", die in der Praxis einer Unverbindlichkeit gleichkommt. Ob es sich (bei Tillich) um das Proletariat von Berlin oder (bei Barth) um das Proletariat des aargauischen Industriedorfes Safenwil handelte - beide, Tillich und Barth, traten aus der politischen Abständigkeit der überlieferten Kirche hervor und stellten sich auf die Seite des Proletariats. Das hieß für Barth, auf den Weihnachtsfeiern der Arbeiter sich zur irdischen Friedenshoffnung zu bekennen; es hieß für Tillich, die Kirche endlich loszulösen von einem bürgerlichen Weltbild, das keinen Raum für Veränderungen hatte.

Beide, Tillich und Barth, kommen auf ihrem je eigenen Weg zur Entdeckung des Judentums für die christliche Theologie. Tillich wird es klar, was das jüdische Element bei Karl Marx für die theologisch-politische Füllung des Reich-Gottes-Gedankens bedeutet; Barth kommt bei der Erwägung der biblischen Aussage über Erwählung zu einer Würdigung Israels, die der Christenheit verdeutlicht, sie habe in den Juden nicht ihre Feinde, sondern ihre älteren Brüder zu sehen.

Noch ist nicht ausgemacht, ob in den deutschen Kirchen und Theologien diese Gedanken "ankommen". Solange es möglich ist, sich in der Betrachtung der "Judenfrage" weiterhin positiv auf die schauerlichen Judenschriften Luthers zu berufen, solange steht wie ein Menetekel an unserer Kirchenwand das Wort des Nazi-Demagogen Streicher, er sei nur der Testamentsvollstrecker Luthers gewesen.

Mit dem Gesagten sind wir schon tief in die Theologie der beiden "Jubilare" eingedrungen. Zum Kern von Barths Theologie gehört eine Erwählungslehre, die in der Erwählung Jesu Christi durch den Vater das ganze Menschengeschlecht von Gottes Liebe umfaßt sieht: eine Verwerfung von Menschengruppen, wie etwa der Juden oder der "Bolschewisten", geht fehl, weil Christus auf Golgatha die Folgen der Verwerfung schon durchlitten hat. Daß so von Golgatha eine Generalamnestie für alles sich verfehlende Menschentum ausgegangen ist, läßt den "Triumph der Gnade" als Zentralgedanken Barths erscheinen. Das Kommende ist bei ihm nur noch die Enthüllung der schon zugunsten des Menschen getroffenen Entscheidung Gottes.

Gegenüber einem "rechtsbarthianischen" Mißverständnis, das in Deutschland weit verbreitet ist, hat Karl Barth besonders nach dem 2. Weltkrieg betont, daß der Kirche in der Welt eine durchaus aktive, zumal politische Aufgabe zufällt. Sie muß Anwalt der Schwachen, Schrittmacher der Demokratie und der Menschenrechte, Bahnbrecher der Freiheit sein und zu diesem Zweck auch mit außerkirchlichen politischen Kräften zusammenarbeiten.

Tillichs Denken ist im Vergleich dazu entschieden weniger "kirchlich". Er meint anfangs der 20er Jahre den modernen Menschen eher als Glied der Masse, als Teilnehmer des proletarischen Aufbruchs und als Mitvollziehenden expressionistischen Weltverständnisses (und eben nicht als Kirchenmenschen) ansprechen zu sollen. So ist denn sein ganzer theologischer Entwurf - in Amerika in den drei Bänden der "Systematischen Theologie" gerade architektonisch vorgeführt - wohl mit Recht als "Theologie der Kultur" erkannt und bezeichnet worden.

Mit dem Begriff der Kultur verbindet sich allerdings jenes Relative, das Tillichs Theologie eher unbeständig erscheinen läßt. Denn schon in den 20er Jahren ließ der "Schwung" des proletarischen Glaubens nach, Expressionismus wich der "neuen Sachlichkeit", und der Versuch,

Deutschland die Republik zu erhalten und sie sozialistisch auszubauen, scheiterte am Vordringen der Mächte, die Tillich geistvoll analysierte, ohne sie doch aufhalten zu können.

Hatten die religiösen Sozialisten den "Kairos", die günstigste Stunde versäumt? War es gar so, wie der begabteste der NS-Theologen, Tillichs alter Freund Emanuel Hirsch, meinte, daß nun eben der Kairos für ein neues nationales und nationalistisches Selbstverständnis gekommen sei, dem die Kirche sich einordnen müsse?

Hier griff der theologische Widerstand der Bekennenden Kirche ein, der von Männern wie Karl Barth, Dietrich Bonhoeffer, Karl Ludwig Schmidt, aber auch Rudolf Bultmann und Hans von Soden ausging. Die Kirche - so die Position der Bekenntnisleute - müsse Zeuge des Ewigen gegenüber dem bloß Zeitgebundenen, Verkünder der biblischen Botschaft und nicht einer freihändigen Geschichtsdeutung (mit all ihren Irrtumsmöglichkeiten) sein.

Von Amerika aus hat Tillich, die Bedeutung dieser Position für den geistigen Widerstand gegen Hitler voll würdigend, ihr dennoch den Vorwurf gemacht, eine "neue Orthodoxie" heraufzuführen, die Kirche also nicht nach vorwärts, sondern nach rückwärts zu orientieren. (Den gleichen Vorwurf hat kurze Zeit später der schweizerische religiöse Sozialist Leonhard Ragaz erhoben.)

Die weitere Entwicklung des deutschen Kirchenkampfes und der internationalen Auseinandersetzung mit dem Faschismus hat bei Barth hervorgerufen, was man - sei es rühmend, sei es tadelnd - sein "Ausbrechen in die Politik" genannt hat, und Bonhoeffer ist ebenso als Kämpfer im antifaschistischen politischen Widerstand gestorben wie als Blutzeuge des christlichen Glaubens.

Bei Tillich dagegen meinen einige - wiederum teils in tadelnder, teils in rühmender Absicht - eine zunehmende "Entpolitisierung" erkennen zu können, und die Frage, ob sich Tillich im "kalten Krieg" nicht sehr einseitig auf die Seite der USA gestellt hat, ist noch nicht ausdiskutiert.

Gewiß: die Sache des Reiches Gottes ist nicht nur die Sache der Politik. Sie ist auch die Sache der dienenden Liebe, des beständigen Gebets und der theologischen Arbeit. Das aber wollen wir von unseren beiden "Jubilaren" lernen: Christlicher Glaube will die Welt durchdringen,

und er ist die treibende Kraft dahin, den Dämonien dieser Zeit gerade auch den politischen, entschlossen zu begegnen.

Arnold Pfeiffer

Dem Thema Barth und Tillich werden wir wahrscheinlich ein gesondertes Themenheft (3/86) widmen.

(Die Redaktion)

Ulrich Schmid

ARBEITSLOS

Seit Oktober 1985 nehme ich an einer sechsmonatigen, vom Arbeitsamt geförderten Fortbildung für arbeitslose Lehrer teil. Diese Maßnahme "Einführung in die Methodik und Didaktik der Erwachsenenbildung" wird von einer katholischen Weiterbildungseinrichtung durchgeführt und soll Lehrer unterschiedlicher Schulstufen und Fächer für Tätigkeiten in der Erwachsenenbildung qualifizieren. Der Erfolg der Maßnahme ist ungewiß.

Ich selbst bin ausgebildeter Lehrer für die Sekundarstufe II mit den Fächern Deutsch und Geschichte und seit Mai 1985 arbeitslos. Mit meinem Bericht möchte ich einen Teil der Innenwelt einer solchen Veranstaltung wiedergeben - so wie ich ihn erlebe.

Wir trafen uns im Kleinen Schulungsraum und jeder sagte, wer er war, was er gerne macht, was er sich erhofft und was er sich wünscht. Ich erinnere mich, wie jemand sagte, daß er einen Fuß in die Tür zu einem Arbeitsplatz setzen wollte. Georg meinte darauf, daß er sich erhofft, wenigstens einen kleinen Zeh dazwischen zu bekommen. Jeder wünschte sich das. Einige waren reserviert, cool. Man schätzte sich ab. Die Mitteilsamen waren leicht zu durchschauen, die Zurückhaltenden blieben blaß. Gabriele, die pädagogische Begleiterin, zeigte zum erstenmal ihre große Schwäche: sie erwies sich als Herrin der Lage. Ich war gespannt, wie es weitergehen würde und versuchte, souverän zu wirken.

Unser erster Referent kam und hatte Glück. Über seiner Thematik "Theorie der Erwachsenenbildung" spaltete sich die Gruppe, manche wollten nicht folgen und schieden

frühzeitig aus, zwar polternd, aber bestimmt, ich gehörte zu den Motivierten. Wir konnten folgen - oder taten so - wir wollten etwas lernen, etwas bringen, sollten die andern - die Doofen? - doch gehen. Wir waren stärker. Ich gehörte zu den "Starken". In dieser Phase bemühte ich mich, entschieden zu zeigen, daß ich auf Ballhöhe war, und musterte meine Gegenüber.

Es ging dann Schlag auf Schlag. Jeden dritten Tag ein anderer Referent: der EB-Manager, der Lobbyist, der Psychologe, dann - Herr Hollmann - jemand, von dem ich meinte, daß ihm Menschen - und wir auch - wichtig waren. Er bemühte sich um uns als Gruppe und nicht als abstrakte Bildungsadressaten. Als ich ihn nachher in Münster in einer Buchhandlung traf, hat er sich gefreut. Darüber habe ich mich gefreut. Ich sah zum erstenmal, worauf es eigentlich bei uns in der Gruppe ankam: auf uns selbst.

Dann kam der Politologe, der lehrende Sozialpädagoge, der Praktiker, der Erwachsenenbildungspapst, der Medienspezialist, der Planer, der hauptberufliche Katholik und dann kam Herr Grupp, ein Ökonom, den ich auf unserer Seite vermutete. Ich durfte ihn im Namen der Gruppe begrüßen. Dann jedoch konnte und wollte ich mich gegen eine Zumutung wehren. Wir arbeitslose Lehrer sollten die Avantgarde der neuen Freizeitgesellschaft sein, gleich Diogenes in der Tonne - das Bild benutzte er - sollten wir "alternative" Projekte, z.B. Weiterbildungseinrichtungen, gründen. Nirgends ging es um Solidarität und darum, wie wir solche Projekte finanzieren sollten. Ich wies darauf hin, daß diese Empfehlung nur vor dem Hintergrund von Grupps Einkommen von vermutlich 6.000,- DM verständlich ist, in meinen Augen jedoch einen Skandal darstellt. Ich entschuldigte mich daraufhin und haute ihm gleich noch einen aufs Dach. Ich war enttäuscht. Er war pikiert und kam - mühsam - zum Schluß; ich weiß nicht mehr, womit er die restliche Zeit füllte.

Der Mensch, dem ich am meisten verdanke, von dem ich am meisten gelernt habe, ist Herr Fürter, vielleicht nicht umsonst ein Psychoanalytiker. Er sollte uns für Abläufe in Interaktionsprozessen sensibilisieren. An uns selbst führte er uns vor, wie Depression entsteht, und seither versuche ich, ihr in dieser Gruppe zu entkommen. Vielleicht war er nur ein eitler Mensch. Ich empfand es bei ihm als Stärke.

Für mich war Psychoanalyse keine Scharlatanerie, für Christa war sie es. Fürter hat nach einer Begründung für

ihre Kritik gefragt, und sie hat sich geweigert, diese zu liefern. Hatte sie Angst? Warum brachte sie sich in Sicherheit? Ich verspürte eine Art Schadenfreude Christa gegenüber, als Fürter sich Kritik ohne Begründung verbat; für mich war Psychoanalyse ja was Gutes. Ich hatte gut lachen. Als ich es Christa sagte, eher unwillkürlich, war sie tief getroffen, danach "bestrafte" sie mich mit kühler Distanzierung. Ich war wütend, ich hielt meine "Offenheit" für eine Tugend.

Seit dieser Zeit versuche ich, mich bewußt so in die Gruppe einzubringen - Fürter bezeichnete das als Intervenieren -, daß wir zusammen mehr Freude haben, denn wir müssen zusammenbleiben. Ich fühle mich manchmal als Kämpfer, der Leben möglich macht. In solchen Situationen bin ich schlecht. Die Depression jedoch ist allgegenwärtig. Theo bekommt die AB-Stelle nicht, weil er nicht lange genug arbeitslos ist, bei Uwe, das hat sich zerschlagen. Nie kommt man vor bis zum Vorstellungsgespräch. Das Arbeitsamt überweist die Fahrtkosten nicht. Dennoch, jeder hat seine kleine Hoffnung im Hinterkopf: bei mir könnte es klappen. Georg hat 22 Stunden bei der Charitas, Herbert hat eine Stelle als Sozialarbeiter. Wir andern fragen uns, warum es bei uns nicht geht. Sind wir nur neidisch? Komisch, diejenigen, die eine Stelle haben, sind frohgelaunt wie Sieger.

Gegen wen soll man seine hilflose Wut und Enttäuschung richten? Gegen den Leiter des Hauses, gegen das Arbeitsamt, gegen Gabriele, gegen die Regierungspolitik? Ich sage, ich freue mich, daß ich neue Freunde gefunden habe. Christa findet es zum Kotzen, daß ich alles harmonisiere. Mit Theo und Bärbel meine ich den Frust einmal bekämpft zu haben; wir wollen nicht nur weiter an der Thematik arbeiten, für einen Beruf, den wir sowieso nie ausüben können. Wir schlagen vor, einmal Eislaufen zu gehen, etwas für uns und zusammen zu tun. Norbert beleidigt Martin und behauptet, er schliefe immer und wollte nur aus Faulheit Eislaufen. Martin verläßt den Raum. Er ist oft müde, weil sein Kind nachts nicht schläft. Norbert war enttäuscht, weil Martin nicht folgte, als er einen wichtigen Beitrag lieferte. Ich bin ganz cool, ich denke, wir müssen da durch, ich versuche zu sortieren, sachlich zu ordnen:
- wir wollen Eislaufen,
- wir wollen unser Programm gestrafft durchführen
- wir wollen das Problem "Arbeitslosigkeit" erörtern,
- wir wollen eine öffentlichkeitswirksame Arbeit machen.

Ich bin froh, wir haben ein Ergebnis. Ich fahre eupho-

risch ins Wochenende. Ich habe meinen Spaß daran, daß es gelungen ist, die Depression und Enttäuschung in neuen Optimismus umzubiegen. Alle sind eine Viertelstunde länger geblieben, als sie mußten. Es war ein schönes Wochenende.

Am Montag: In einem zähen Brei sitzen wir wieder in gedrückter Stimmung. Adelheid und Gerd haben vorbereitet: Methoden in der Erwachsenenbildung. Es geht um Theorie. Eva und Monika stricken; ich denke, sie können's eben nicht besser und denke an alle vier. Bärbel atmet gelangweilt aus. Ich kann mich nicht wehren. Keinen interessiert das Thema, die Begriffe bleiben vage, anwendbar ist sowieso nichts. Jeder beschäftigt sich so gut er kann, Theo stellt sich selber dar, mir ist schlecht. Ich mache einen bissigen Vorstoß in Richtung auf Theos Geschwafel, er trifft nicht richtig: Adelheid meint, ich verstehe nicht, was Theo meint. Ich bin hilflos und würde am liebsten gehen. Warum sitze ich da?

Auf eine, wie ich meine, brillante Art erkläre ich den Unterschied zwischen induktiven und deduktiven Methoden und zeige damit, daß ich die andern verachte. Ich könnte mir dafür die Zunge abbeißen, ich komme gegen die Enttäuschung nicht mehr an. Ist es die Depression der Gruppe? Wenn ich Annes Augen auf der Heimfahrt sehe, denke ich, es ist nur meine Depression.

Ich denke daran, wie ich versucht habe, eine Aktion zu initiieren, daß wir unsere Enttäuschung an die Öffentlichkeit bringen; die Reaktionen waren spärlich. Die Pause war lang, kaum jemand wollte außer mir. Ich gab nicht auf und - ich hielt mich für schlitzohrig - appellierte an die Verantwortung, die wir gegenüber anderen, hilflosen Arbeitslosen wahrnehmen müssen. Die Pädagogen zeigten Wirkung. Uwe will bald einen Entwurf vorlegen.

Ich könnte mich trösten, denn ich habe eine Stelle beim Diakonsichen Werk in Aussicht! Vielleicht bin ich auch bald ein Sieger!

Autoren dieses Heftes

Hans-Eckehard Bahr, Dr. theol., Prof. f. ev. Theologie, Gederfeldweg 41, 5810 Witten.
Günter Ewald, Dr. rer. nat., Prof. f. Mathematik, Aesculapweg 7, 4630 Bochum.
Jürgen Finnern, ev. Studentenpfarrer, Jakob-Kaiser-Straße 4 a, 4800 Bielefeld 1.
Hinrich Olsen, Forststraße 3, 7075 Mutlangen.
Arnold Pfeiffer, Dr. theol., ev. Pfarrer, Hauptstraße 11, 6580 Idar-Oberstein.
Heinz Röhr, Dr. theol., Prof. f. ev. Theologie, Winterbachstraße 30, 6000 Frankfurt/M. 1.
Ulrich Schmid, arbeitsloser Lehrer, Otto-Hahn-Straße 6, 4400 Münster.
Werner Steppuhn, Alter Heerweg 42, 5300 Bonn 1.
Peter Weinbrenner, Dr. rer. pol., Prof. f. Wirtschaftswissenschaften, Hesseltal 11, 4802 Halle/Westf.